

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9, Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

Kriegsziel 1938

Goebbelsfiliale im Norden

Kredit oder Krieg?

Prix: Fr. 1.50

Kann Deutschland siegen?

Die Arbeitspflicht — eine kriegswirtschaftliche Mangelmassnahme

Vom 1. Juli 1938 an ist jeder Deutsche arbeitspflichtig, ohne Rücksicht auf Alter, Beruf und Geschlecht. Er kann jederzeit aus einem Beruf und einer festen Arbeitsstelle gerissen und zu einer anderen Beschäftigung kommandiert werden. Diese Verordnung verstärkt das militärische Kommando über die deutsche Industrie und die deutsche Arbeit, sie ist ein neuer schwerer Eingriff im Interesse des Krieges. Der „freie Arbeiter“ existiert längst nicht mehr in Deutschland — hier ändert die neue Verordnung verhältnismässig wenig an der Sachlage. Die Sklavenketten werden noch fester gezogen. Viel bedeutsamer ist sie für die „befreiten“ österreichischen Arbeiter. Sie werden erkennen, worin in Wahrheit ihre „Befreiung“ besteht. Die Verordnung ist eine Handhabe zur Ausnutzung der in Oesterreich eroberten Arbeitskraft für die deutsche Rüstungsindustrie.

Indessen ist diese Verordnung nicht nur auf Arbeiter beschränkt. Sie erfasst alle Berufe. Sie schiebt endgültig die demagogische Naziparole beiseite, dass die Frau ins Haus gehöre. Die letzte Hand — gleichgültig ob männlich oder weiblich — soll unter militärischem Kommando herangezogen werden, um die Kriegsvorbereitung bis zum Letzten auszubauen.

Die Einzelbestimmungen der Verordnung lassen deutlich erkennen, dass sie unmittelbar dem Bedürfnis entsprungen ist, dem Mangel an Qualitätsarbeitern in der Rüstungsindustrie abzuhelfen. Ende Mai war in Deutschland nach den amtlichen Berichten nur noch eine Reserve von 38 000 Qualitätsarbeitern vorhanden. Das bedeutet praktisch, dass heute schon die vorhandenen gelernten Arbeitskräfte bis zum Letzten eingesetzt sind. Die Bestimmungen der Verordnung entsprechen im allgemeinen den Grundsätzen, nach denen Militärs eine solche Arbeitspflicht für die Zwecke der totalen Mobilmachung aufzubauen pflegen.

Ein Vergleich dieser Arbeitspflicht mit dem sogenannten Vaterländischen Hilfsdienstgesetz vom Jahre 1916 liegt nahe. Von den sozialpolitischen Garantien, von dem wenn auch beschränkten Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die in das Gesetz von 1916 eingebaut waren, ist bei der Arbeitspflicht im Dritten Reich nicht die Rede. Die Arbeitspflicht von heute ist nach dem Modell des totalen militärischen Kommandos gebaut. Die Kommandierten haben nur zu gehorchen.

Das Hilfsdienstgesetz von 1916 wurde eingeführt, als als Menschen-

material in der deutschen Rüstungsindustrie nach zwei Jahren Krieg knapp wurde. Es war der Zeitpunkt, an dem es sich herausstellte, dass Deutschland in einem Kriege, der den Einsatz der gesamten wirtschaftlichen Kraft erforderte, gegen eine Weltkoalition unterlegen war. Von da an ging es unaufhaltsam immer weiter abwärts.

Heute kommt diese ausgesprochene Mangelmassnahme schon vor dem Beginn des offenen Krieges. Es ist nicht nur eine vorausschauende Massnahme, sondern sie entspringt bereits vorhandenem wirklichen Mangel. Auf bestimmten Gebieten hat das Dritte Reich einen gewissen Rüstungsvorsprung vor den anderen Weltmächten erzielt — aber es hält ihn nur, solange es das Letzte an Kapital und Arbeitskraft einsetzt. Die Eroberung Oesterreichs hat ihm eine gewisse Arbeitskraftreserve verschafft — aber auch diese wird nach den letzten Massnahmen bald voll verbraucht. Reich zur Not noch konkurrenzfähig gegenüber einer Weltkoalition, wenn es bis an die äusserste Grenze seiner Kapazität geht. Diese Grenze ist annähernd erreicht. Bricht jedoch der Krieg aus, so sinkt sofort die Kapazität des Dritten Reiches, während sein Umschulung von Arbeitskräften erfordert Zeit, und liefert keineswegs das gleiche Ergebnis wie viele Jahre währende industrielle Erziehung.

Wie aber soll das Tempo der deutschen Rüstungsindustrie gehalten und

womöglich noch verstärkt werden, wenn beim Ausbruch des Krieges Millionen von Arbeitern aus der Industrie herausgezogen und in das Heer eingereiht werden! Denn es sind vor allem industriell geschulte Kräfte, die in den modernen Heeren zur Bedienung der Kriegsmaschinen notwendig sind. Der dann einsetzende Arbeitermangel soll durch weibliche Arbeitskräfte und durch Reservisten aus anderen Berufen ausgeglichen werden — aber ein solcher behelfsmässiger Betrieb der Rüstungsindustrie muss notwendig zum Absinken des Tempos und der Qualität führen.

Die Schlussfolgerung ist: solange noch die Periode des bewaffneten Friedens andauert, ist das Dritte Reich höchstwahrscheinlich die Rüstungskapazität der demokratischen Weltkoalition noch beträchtlich gesteigert werden wird. Das Dritte Reich ist heute also stärker, als es im Kriege sein wird! Seine militärisch-wirtschaftliche Kraft, mit der es heute droht und erpresst, entspricht nicht seiner wirklichen Kraft im Kriege.

Denn was für die Frage der Arbeitskraft gilt, trifft ebenso auf alle anderen Fragen kriegswirtschaftlicher Art zu. Es gilt für die Frage der Rohstoffversorgung, der Ernährung und der Kriegsfinanzierung. Wenn der Krieg noch in diesem Jahre ausbrechen sollte, so würde das Dritte Reich bei Kriegsbeginn da stehen, wo das kaiserliche Deutschland nach mehr als zwei Jahren Krieg gestanden

hat. Die schweren Ueberlastungs- und Erschöpfungserscheinungen werden vom ersten Tage des Krieges an sichtbar werden. Von der politisch-psychologischen Seite der Sache soll dabei gar nicht gesprochen werden.

Diese unbestreitbare Sachlage lässt wiederum Schlüsse auf die Art der deutschen Kriegführung zu. Sie zwingt die Militärs des Dritten Reiches, bei Beginn des Krieges möglichst alles auf eine Karte zu setzen, um zu verhindern, dass der Krieg ein Abnutzungskrieg werde. Nun haben aber inzwischen die Erfahrungen in Spanien und China gezeigt, dass der sogenannte Blitzkrieg selbst gegenüber technisch schwächeren Gegnern nicht die Chancen hat, die ihm in der Theorie zugeschrieben worden sind. Unter diesen Umständen ist der Krieg für das Dritte Reich ein gefährliches Hazardspiel, dessen Einsatz Leben und Zukunft des deutschen Volkes ist.

Und nicht nur der Krieg! Die gesamte Politik des Dritten Reiches ist aufgebaut auf das Pochen auf seine militärische Macht, auf die Drohung mit dem Krieg, auf die Einschüchterung anderer Völker durch den Einsatz der gesamten Volks- und Wirtschaftskraft für die Rüstung. Es ist eine Politik des Bluffs im grössten Stil, bei der die Führenden die Gefangenen ihres eigenen Bluffs sind. Diese Politik ruht auf zerbrechlicher Grundlage, und jede neue Massnahme der deutschen Kriegsvorbereitung lässt erkennen, wie zerbrechlich sie ist.

Technik und Volksführung

Ein Hebeldruck genügt

Unter dieser vielsagenden Ueberschrift berichtet die Essener „National-Zeitung“ von der probeweisen Aufstellung von Reichslautsprechersäulen in Breslau. Reichslautsprechersäulen? Man höre, was Goebbels Staatssekretär Hanke darüber zu berichten weiss:

Der Propagandaeinsatzstab der Reichspropagandaleitung der NSDAP, und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda mit seiner jahrelangen Erfahrung ist in der Lage, in kürzester Zeit Kundgebungen von nie gekanntem Ausmass vorzubereiten und durchzuführen. Spezialisten auf dem Gebiete der Massenlenkung, der Massenunterbringung und der Massenverpflegung, des Massentransportes, des Gemeinschaftsempfanges und vieler anderer Formen propagandistischer Tätigkeit arbeiten laufend an der Vervollkommnung aller technischen Einsatzmittel.

Aus dieser Entwicklung heraus entstand der Gedanke und die Notwendigkeit der Lautsprechersäulen. In monatlichen Versuchen sind sie unter der Leitung von Reichsminister Dr. Goebbels entwickelt und ausprobiert worden.

In unzähligen Besprechungen aller Beteiligten ist ein Lautsprechersäulentyp geschaffen worden, der nicht nur technisch, sondern auch in seiner äusseren Form als

vollkommen bezeichnet werden kann. Alles Improvisierte fehlt ihnen. Es kann bei ihrem Gebrauch keine Hast geben. *Mit einem Hebeldruck sind sie in Betrieb zu setzen.* Sie schaffen aus den Plätzen und Strassen unserer Millionenstädte mit ihren ungeheuren Raumaussmassen das politische Forum mit all seinen Möglichkeiten lebendiger Volksführung.

Die neuen Reichslautsprechersäulen sollen die Möglichkeit geben, in allen Städten des Reiches und später auch in den Dörfern ohne Vorbereitung und ohne schwierige plötzliche notwendig werdende Installationsarbeiten *das ganze Volk an dem grossen politischen Geschehen unserer Zeit teilhaben zu lassen; grosse Gemeinschaftsempfänge auch für die durchzuführen, die noch nicht im Besitz eines eigenen Rundfunkgerätes sind, bei grossen Kundgebungen und Aufmärschen die Massen zu informieren und zu dirigieren und bei besonderen Anlässen, wie Luftschutzübungen und ähnlichem, eine direkte und schnelle Befehlsausgabe zu gewährleisten.*

Wenn die Lautsprechersäulen so auch als Nachrichtenmittel verwendbar sind und auch dafür eingesetzt werden sollen — in erster Linie jedoch sind sie eine der unmittelbaren Ausdrucksformen eines politischen Systems der direkten Verbindung zwischen

Führung und Gefolgschaft. Sie sind ein politisches Werkzeug in der Hand der Propagandisten der Bewegung und des Staates. In diesem Sinne nehme ich heute in Breslau die ersten hundert Säulen in Betrieb. 6 600 solcher Säulen sind für das ganze Reich vorgesehen und sollen in kürzester Zeit aufgestellt werden.

Ein Hebeldruck — und sechstausend Säulen entströmt eine Hitlerrede oder auf sechstausend Plätzen werden Massen dirigiert.

Ein Hebeldruck — und aus sechstausend Säulen werden die Mobilmachungsbefehle auf fünfundsechzig Millionen Menschen herniederprasseln.

Ein Hebeldruck — und sechstausend Säulen werden von Siegen berichten.

Einmal werden sechstausend Säulen nicht mehr anders können, als Niederlagen zuzugeben.

Einmal werden vor den sechstausend Säulen auch Massen stehen, die sich nicht mehr dirigieren lassen.

An diesem Tage wird die Technik nicht mehr ein Mittel sein zur Führung des Volkes, sondern zur Verständigung der Menschen.

Durch die braune Presse geht ein Photo von Rudolf Jung, das ist der vor einigen Jahren aus der Tschechoslowakei nach Hitlerdeutschland emigrierte sudetendeutsche Naziführer. Er wurde in Deutschland mit offenen Armen aufgenommen und erhielt sogar ein Reichstagsmandat. Um auch seinerseits einen Beitrag zur Gestaltung eines recht harmonischen Verhältnisses zur Tschechoslowakei zu leisten, hat Hitler diesen Jung jetzt zum Professor ernannt und ihm sein Bild in silbernen Rahmen mit eigenhändiger Widmung geschenkt. Als aktueller Anlass dieser Ehrung muss die wichtige Tatsache dienen, dass Jung vor dreissig Jahren sein erstes Ehrenamt in einer Gewerkschaft übernommen hat.

Von einer Tagung des Deutschen Auslandsinstituts wurde ein Konrad Henlein folgendes Begrüssungstelegramm gesandt: „Anlässlich der Jahresversammlung des Deutschen Auslandsinstituts gedenken wir des Führers der Sudetendeutschen und treuen Freundes unserer Arbeit in kameradschaftlicher Verbundenheit und mit aufrichtigen Wünschen zu einem Enderfolg Ihrer Aufgabe. Stuttgart grüsst die sudetendeutschen Volksgenossen auf das allerherzlichste.“

Nun kann es also munter dem „Enderfolg“ entgegengehen.

Ohrfeigen in der Schule

Der Nazigeist, das heisst der Geist des Kampfes gegen Wehrlose, wird immer totaler. Eine Lehrerin hat mehreren Mädchen Ohrfeigen gegeben, weil Aufsatzverbesserungen wiederum Fehler enthielten und auch in Form und Schrift nachlässig waren. Ein Kind hatte davon Nasenbluten bekommen. Die Eltern erstatteten Anzeige. Der Staatsanwalt, die Jugendschutzkammer und mehrere Schulräte beschäftigten sich mit der Angelegenheit. Zum Schluss wurde die Lehrerin freigesprochen. Die Schulkinder dürfen also weiter geprügelt werden, was ja schliesslich im Lande der Konzentrationslager auch zur allseitigen Ausbildung nötig ist.

Braune Sprachschönheiten

In einer Betrachtung über Theaterfragen fordert das „Schwarze Korps“ die Dramatiker auf „den Raum des Kunstschaffens vor allem nach der Zukunft hin zu erweitern.“ Auf der gleichen Seite der Zeitung wird festgestellt: „In einer Gemeinde in der Steiermark machen sie runde Augen wie Gasmasken“. Dies schöne Bild findet Wohlgefallen vor den Augen der „drahtigen“ SS-Redaktion. Es kehrt in der gleichen Nummer nochmals wieder. Von Juden wird behauptet: „Nachher hatten sie so lange Gesichter, dass die Gasmasken nicht mehr passte.“ Im gleichen Blatt ist von einem Berg die Rede „der einen Blick gibt über weite deutsche Lande, die nach langer Knechtschaft heimgefunden haben ins Reich.“

Austritt aus der DAF ist Hochverrat

In einer der grössten Möbelfabriken in Schlesien herrscht erheblicher Mangel an Holzern und Beschlägen. Die Betriebsleitung machte deshalb durch Anschlag bekannt, dass die Arbeitszeit infolge von Materialmangel auf 30 Stunden verkürzt werde.

Wegen des ohnehin schon geringen Verdienstes und der Unmöglichkeit, damit die Familien ernähren zu können, bemächtigte sich der Belegschaft eine grosse Erregung. Es wurde vom Vertrauensrat verlangt, dass die Deutsche Arbeitsfront (DAF) bei der Firma interveniert. Die DAF lehnte ein Eingreifen mit der Begründung ab, dass sie auch kein Material herbeischaffen könne und dass die Arbeiter nur froh sein sollten, überhaupt noch Arbeit zu haben.

Diese Aeusserung, die der Vertrauensrat in einer Betriebsversammlung bekannt gab, gab Anlass zu erbitterten Auseinandersetzungen. Die Arbeiter erklärten dem Vertrauensrat, dass es keinen Zweck habe, an die DAF noch Beiträge zu zahlen, wenn sie sich doch nicht der Arbeiter annimmt. Ungefähr 15 Arbeiter gaben ihre Mitgliedsbücher beim Vertrauensrat ab und erklärten ihren Austritt. Bei einem Lohn von 15 Reichsmark in der Woche müssten die Familien hungern.

Dieser Vorfall veranlasste den Betriebsführer, die Gestapo zu verständigen, die auch sofort erschien. Die Namen der aus der Arbeitsfront Ausgetretenen wurden notiert. Ein Gestapo-Beamter schrie die Arbeiter an: „Macht, was Ihr wollt, ob Ihr Mitglied seid oder nicht. Der Beitrag wird einfach vom Lohn abgezogen.“ Eine Weigerung, ganz gleich welcher Art, sei Sabotage an der Wirtschaft und gelte als Hochverrat. Jeder einzelne müsse dann die Folgen tragen. Im übrigen werde man diese Leute besonders beobachten, denn diese

Die Nazi Herrschaft in Danzig - Wie die «Einheitsfront» im Volkstag zustande kam

Am Montag, den 20. Juni, hat seit langer Zeit wieder eine Sitzung des „Danziger Volkstages“ stattgefunden, in der nicht nur der Nazi-Präsident des Senats der „Freien“ Stadt Danzig eine Rede über die „gute Zusammenarbeit“ zwischen Danzig und Polen hielt, vielmehr sollte die Sitzung auch der Welt beweisen, dass nunmehr auch in Danzig die „Einheit“ aller Deutschen unter dem Hakenkreuz hergestellt sei. Das äussere Zeichen dafür sollte die Tatsache darstellen, dass alle Volkstagsabgeordneten deutscher Nationalität im Braunhemd der Nazis erschienen; nur die beiden polnischen Abgeordneten trugen schlichtes Zivil.

Da in der Welt bekannt ist, dass der am 7. April 1935 gewählte und noch amtierende „Danziger Volkstag“ unter seinen 72 Abgeordneten eigentlich nur 42 Nazis, daneben aber 13 Sozialdemokraten, 10 Abgeordnete des Zentrums, 3 Deutschnationale, 2 Kommunisten, ausserdem 2 polnische Abgeordnete zählt, sollte durch die Sitzung am 20. Juni der Eindruck erweckt werden, dass alle früher nichtnationalsozialistischen Abgeordneten deutscher Nationalität der „besseren Einsicht“ gefolgt und Nazis geworden seien. Herr Greiser hat in der Sitzung ja auch erklärt, dass das einheitliche nationalsozialistische Bild des Volkstages „nicht mit staatlichen und gesetzlichen Mitteln erzwungen, sondern nur durch die Kraft der einigenden Idee erreicht“ worden sei. Wie aber sieht die Wahrheit aus?

Es ist noch in aller Erinnerung, dass sämtliche nichtnationalsozialistischen politischen Parteien in Danzig mit Mitteln des Verfassungs- und Gesetzesbruchs verboten worden sind. Der Völkerbund als Garant der Danziger Verfassung hat seit dem Abgang seines Hohen Kommissars Sean Lester nicht mehr das Geringste getan, um der Vergewaltigung der nichtnationalsozialistischen Danziger Bevölkerung Einhalt zu gebieten. Der zur Zeit amtierende Hohe Kommissar, der Schweizer Professor Burckhardt, ist dieser Tage von dem Senatspräsidenten Greiser durch die Verleihung eines Rotkreuz-Ordens wahrscheinlich dafür geehrt worden, dass er nicht einmal versucht hat, die Danziger Bevölkerung vor dem Terror der Nazis zu schützen, sondern schweigend alle Verfassungsbrüche hingehen liess. Danzig ist heute, abgesehen von gewissen polnischen Rechten, nichts anderes mehr als ein Teil des Dritten Reichs.

Und was wurde aus den nichtnationalsozialistischen Abgeordneten des Danziger Volkstages? Es ist bekannt, dass bereits vor längerer Zeit zwei sozialdemokratische Abgeordnete, Erich Brost und Johannes Kruppke, und einem kommunistischen Abgeordneten, Plenkowski, ihre Mandate widerrechtlich aberkannt wurden. Gegen die übrigen oppositionellen Abgeordneten wurde mit allen Mitteln des Terrors, ständigen Verhaftungen, Bedrohungen, auch mit Bestechungsversuchen vorgegangen, um sie zum Uebertritt zu den Nationalsozialisten zu pressen. Mit welchem Erfolg? Einige Abgeordnete versuchten dem Terror dadurch zu begegnen, dass sie auf ihre Mandate verzichteten, aber nur in wenigen Fällen nahmen die Nazis die Verzichtserklärungen sofort an. Das Ziel war für sie die Gleichschaltung der Opposition. Man scheute vor keinem Mittel zurück, dieses Ziel zu erreichen. Man versuchte es mit Zuckerbrot, man bot bis zu 40 000 Danziger Gulden für einen einzelnen Abgeordneten im Falle seines Uebertritts. Nichts fruchtete. Man versuchte es mit Gewalt. Am 25. Mai vorigen Jahres wurde einer der aufrichtigsten Kämpfer, der sozialdemokratische Abgeordnete Hans Wlechmann, ver-

haftet und ist seitdem verschwunden. Alles spricht dafür, dass er nach Deutschland verschleppt und dort ermordet wurde.

Endlich, zu Anfang dieses Jahres, gelang es, den restlichen sozialdemokratischen Abgeordneten eine Erklärung abzupressen, die der Leiter der Gleichschaltungsaktion, der Volkstagspräsident Beyl, ein Vertrauensmann des Gauleiters Forster, sich geben liess, und die folgenden Wortlaut hatte:

„Als Abschluss der zwischen uns geführten Verhandlungen (!) teilen wir Ihnen mit, dass wir den Beschluss gefasst haben, mit dem heutigen Tage unsere Fraktion aufzulösen. Weiter haben wir beschlossen, uns für die Dauer unserer Mandate der Volksfraktion der NSDAP als Hospitanten anzuschliessen.“ Den Abgeordneten des Zentrums, der Deutschnationalen und Kommunisten wurden ähnliche Erklärungen abgepresst. Aber alle diese Erklärungen hatten nicht den gewünschten Erfolg. Man musste auf ihre Veröffentlichung verzichten, — nur die Erklärung der beiden Kommunisten wurde veröffentlicht — da es den meisten Abgeordneten doch noch gelang, zum Teil ihre Mandate niederzulegen, zum Teil in Emigration zu gehen. Der Erfolg der Nazi-Terror-Aktionen schrumpfte immer mehr zusammen. Es blieben zum Schluss nur drei ehemals sozialdemokratische, 3 Zentrums-, ein deutschnationaler und 2 kommunistische Abgeordnete übrig, die die Gleichschaltung bis zu Ende durchführen mussten. Sie allein sind am 20. Juni auch im Braunhemd erschienen. 10 Sozialdemokraten, 7 Zentrumsleute und 2 Deutschnationale hatten unter schwersten Opfern allen Versuchungen und Erpressungen widerstanden.

So sieht die „Einheitsfront“ aller Deutschen unter dem Hakenkreuz in Danzig in Wirklichkeit aus. Und nicht genug damit. Für die aus dem Volkstag ausgeschiedenen Oppositionellen mussten nach der Verfassung als Nachfolger eigentlich Kandidaten genommen werden, die auf den oppositionellen Wahlvorschlägen von 1935 standen. Alle diese oppositionellen Nachrück-Kandidaten aber haben den Gleichschaltungsbestrebungen widerstehen können, einige von ihnen mussten dafür allerdings das Los der Emigration auf sich nehmen. Nach der so zustande gekommenen Erschöpfung aller oppositionellen Kandidaten mussten nun die Nachfolger für die zurückgetretenen Abgeordneten — nach der formalen Vorschrift der Verfassung — von den noch verbleibenden nichterschöpften Listen genommen werden. Es gibt nur noch 2 Listen, die dazu benutzt werden konnten, die nationalsozialistische — und die polnische. Die Verteilung der Mandate auf diese Listen musste anteilmässig erfolgen. Es stellte sich heraus, dass dabei nicht alle Mandate auf die Nazis, sondern eins auch auf die polnische Liste fallen müsste. Aber auch das hat man zu verhindern gewusst. Man liess einfach durch den Wahlausschuss — die Körperschaft, die die Verteilung der Mandate vorzunehmen hat — unter Bruch der Verfassung Listenverbindungen zwischen allen deutschen Listen beschliessen, obwohl ein solcher Beschluss nur vor einer Wahl zulässig ist und auch nicht vom Wahlausschuss, sondern von den Parteien beschliessen werden muss. Durch den Beschluss konnte man aber die Wahlarithmetik verfälschen. Die Nazi-Liste kam jetzt günstiger weg, und der polnische Volksteil in Danzig wurde um ein drittes, ihm nach der Verfassung zustehendes Mandat betrogen!

Um zu vermeiden, dass alle diese Schwindelmanöver ruckbar wurden, hat man die Veröffentlichung des Beschlusses

des Wahlausschusses, die Veröffentlichung der Namen der neu in den Volkstag eingezogenen Abgeordneten und die Veröffentlichung des Verzehrs der oppositionellen Kandidaten unterlassen, obwohl solche Veröffentlichungen gesetzlich vorgeschrieben sind. Mehr noch. Man hat sogar so getan, als ob die sozialdemokratischen Abgeordneten Karl Töpfer und Gertrud Müller die sich in Emigration befinden, auf ihre Mandate verzichtet hätten, was nicht der Fall ist. Man hat die beiden Abgeordneten einfach übergangen und für sie Nazis berufen. Man hat es in diesem Falle sogar vermieden, den beiden genannten sozialdemokratischen Abgeordneten offiziell ihre Mandate abzuerkennen, nur um kein Aufsehen zu erregen. Eigentlich zählt der „Danziger Volkstag“ jetzt dadurch statt — wie in der Verfassung vorgeschrieben — 72 Abgeordnete.

Die Danziger „Einheit“ aller Deutschen unter dem Hakenkreuz besteht in Wahrheit also darin, dass die Abgeordneten, die am 20. Juni im Braunhemd erschienen waren, bis auf die wenigen unter Zwang Gleichgeschalteten, alles waschechte Nazis sind, die immer schon Nazis waren, ferner aber in, dass man diejenigen, die sich gegen die „Einheit“ wehrten, terrorisiert, wahrscheinlich ermordet (wie im Falle Wlechmann) und in die Emigration getrieben hat, und dass man die polnische Volkstagsgruppe in Danzig um ein Mandat prellte. Das alles ist geschehen im Zeichen der „Garantie“ der Danziger Verfassung durch den Völkerbund.

Die Danziger Bevölkerung muss zu alledem schweigen. Aber wie sie vier Jahre lang offen und mutig gegen die Gewaltherrschaft der Nazis gekämpft und die vom Völkerbund garantierte Verfassung verteidigt hat, wie bei der letzten Terrorwahl von 1935 noch 41 Prozent aller Danziger Wähler ihre Stimmen gegen den Nationalsozialismus und für die Demokratie abgegeben haben, so stehen die Reihen der Freiheitsliebenden in Danzig, namentlich die sozialdemokratischen Arbeiter, auch heute noch geschlossen und nicht enttäuscht. Der Tag wird kommen, an dem sie wieder offen kämpfen und Danzig zu einer wirklich „Freien Stadt“ machen werden.

Erklärung

Die sozialdemokratischen Danziger Abgeordneten Karl Töpfer und Gertrud Müller, die sich in der Emigration befinden, aber noch Mitglieder des Danziger Volkstages der Freien Stadt Danzig, Beyl, folgende Erklärung gesandt:

„Wir protestieren gegen den Raub unserer Mandate nach der Danziger Verfassung zustehenden Volkstagsmandate und gegen die stillschweigende Besetzung unserer Sitze im Volkstag durch Nationalsozialisten. Wir tun das in dem Bewusstsein, dass unsere Wähler, die heute zwar schweigen müssen, aber treu zu uns stehen, diesen Prozess gut heissen.“

Wir erklären, dass diejenigen unter unseren früheren Freunden im Danziger Volkstag, die heute Hospitanten der Fraktion der NSDAP sind, zur Abgabe ihrer Gleichschaltungserklärung durch gezwungenen Zwang veranlasst wurden.

Wir versichern Sie, dass wir auch in Zukunft auf unsere uns vom Volk gegebenen Mandate nicht verzichten und nicht tun werden, was geeignet ist, der Danziger Bevölkerung die Rechte wiederzugeben, die ihr nach der Verfassung zustehen.

21. Juni 1938.
gez. Karl Töpfer.
gez. Gertrud Müller.

Handlungsweise zeuge davon, dass illegal gegen den Staat gewühlt werde.

Bei einer Anzahl Arbeiter wurden Haus-suchungen vorgenommen. Es wurden die Familienmitglieder verhört, um so ihre Einstellung zum Staat zu ermitteln. Verhaftungen sind bisher noch nicht erfolgt, jedoch stehen alle Arbeiter unter strengster Kontrolle.

Parteibeamtentum

Nach dieser Dienstanweisung, die wir nach „Beko“ Nr. 37-38 vom 13. Mai zitieren, wird jedem Reichsbahnbeamten die Verpflichtung auferlegt, nicht nur die Bindung an die vom Reich erlassenen gesetzlichen Vorschriften anzuerkennen, sondern auch das Programm der NSDAP, und ihre allgemeinen Richtlinien.

„Als verpflichtende Grundsätze nationalsozialistischer Gesinnung und Haltung führt die allgemeine Dienstanweisung neben der Vorschrift, dass der Reichsbahnbeamte in und ausser Dienst mit dem Deutschen Gruss durch Erhebung des rech-

ten Arms und dem deutlichen Zuruf „Heil Hitler!“ grüsst u. a. auf:

Er liest die nationalsozialistische Tagespresse und sucht sich auch auf andere Weise politisch zu schulen. Seine Opferbereitschaft beweist er besonders gegenüber der NS. Volkswohlfahrt und der WHW. Er sorgt für den Eintritt seiner Kinder in die Jugendgliederungen der NSDAP. Er lässt sich mit Juden nicht in Geschäfte ein und vermeidet mit ihnen persönlichen Verkehr, er schickt seine Kinder nicht in private Schulen; er zeigt auch im Ausland eine deutschbewusste Haltung.“ Die friedlichen Brandstifter.

Vierjahresplan in der Wachau

Die Weinbauern in der Wachau stehen vor dem Ruin. Kaltblütig wurde ihnen mitgeteilt, dass im Altreich, an Rhein und Mosel genug Wein erbaud wird, um auch Oesterreich noch damit bedienen zu können. Die Wachau eigne sich besonders zum Weizenbau. Dieser sei ein Erfordernis des

Vierjahresplanes. Es gelte deshalb rücksichtslos sich auf diese Bedürfnisse umzustellen, die Rebstöcke zu entfernen und ohne Zögern die Voraussetzungen für eine erstklassige Weizenkultur zu schaffen. Alle Einwendungen bleiben unbeachtet. Göring hat befohlen, das und nichts anderes geht.

Um den notwendigen Nachdruck zu verschaffen, sind, wie man uns von dort berichtet, deutsche Truppenabteilungen in die Wachau gelegt worden.

Ehre der deutschen Arbeit

In Köln hatte eine Hausangestellte Arbeit eingestellt, weil die Hausaltersversteherin sie mit den Worten „blödes Luder“ beleidigt hatte. Vor dem Arbeitsgericht klagte sie auf Kündigungsschädigung. Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung, dass gewiss eine Beleidigung der Klägerin vorliege. Andererseits könne aber von einer groben Beleidigung nicht die Rede sein, sodass zu einer fruchtlosen Lösung des Arbeitsverhältnisses und zu einer Kündigungsschädigung keine Veranlassung vorgelegen habe.

Braune Menschenökonomie

Je mehr Mann in Deutschland unter Waffen gehalten und je mehr Kräfte von der Rüstungsindustrie verschlungen werden, desto unaufhaltsamer gerät die deutsche Wirtschaft in Kriegsnot, desto mehr Hände fehlen für die Erzeugung friedlicher Güter. Das „Defizit“ an Arbeitskräften wird in Deutschland selbst auf eine halbe Million geschätzt und das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 241) stellt fest:

„Es bleiben eigentlich nur noch die Kräfte, die bisher nicht als Arbeiter oder Angestellte gearbeitet haben: *verheiratete Frauen*, kleine Selbständige usw. Darin zeigt sich gegenüber 1933-34 als Folge der Vollbeschäftigung eine Umkehrung der Problemstellung, die von der Wirtschaft her bis tief in die sozialen Bereiche hinein Wirkungen ausübt. Es wird ausdrücklich von *verheirateten Frauen* gesprochen, weil es gilt, eine Synthese zu finden zwischen dem industriellen Menschenbedarf und den bevölkerungspolitischen Zielen, die um seineinwillen in keiner Weise zurückgestellt werden dürfen. Wird nach Ausschöpfung des 1936-1937 noch 590 000 Menschen liefernden „Reservoirs“ der Arbeitslosen der Anspruch an die übrigen Quellen für Arbeitskräfte nicht nur relativ, sondern wohl auch absolut grösser, so erhalten die hiermit zusammenhängenden sozialen Fragen in wahrscheinlich überproportionalem Masse erhöhtes Gewicht.“

Sie haben schon jetzt in „überproportionalem Masse“ Gewicht erhalten. Das „Berliner Tageblatt“ wagt nur einen Teil der Wahrheit zu sagen. Dass die Frauen — nachdem der Kinderreichtum durch Prämierung künstlich gesteigert worden ist — in die Fabriken zurückkehren müssen, wäre ein erträgliches Uebel, wenn Arbeitszeit und Arbeitszeit in diesen Fabriken noch so vernünftig reguliert wären wie zur Zeit der freien Gewerkschaften. Das ist nicht so. Die Arbeit vollzieht sich in einem aufreibenden, nervenzerstörenden Rhythmus und der Arbeitszeit sind praktisch keine Grenzen gesetzt. (Wir verweisen auf den Artikel „Arbeitstag ohne Ende“ in Nr. 259 des NV). Die schlechte Ernährung tut das ihre, um die Widerstandskraft der Arbeiter zu schwächen. Der Erfolg? Eine Steigerung der Unfallziffern in wahrlich „überproportionalem Masse“. Im Jahresbericht der bayrischen Gewerbeaufsicht liest man:

„Die Zahl der dem Gewerbeaufsichtsbeamten gemeldeten Unfälle betrug 81 767 gegen 68 044 im Vorjahr. Sie hat demnach eine Steigerung um 20,17 v. H. erfahren, während die Zunahme der Gesamtbeschäftigten ohne Kleinbetriebe aber nur rund 9 v. H. betrug! Diese Steigerung der Unfallzahlen kann nicht mehr allein mit der grösseren Unfallanfälligkeit der auch noch im Berichtsjahr neu eingegliederten Arbeitslosen erklärt werden, wenn diese natürlich auch einen entsprechenden Anteil daran haben. Vielmehr lenkt dieses weitere starke Anwachsen die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass gerade in Betrieben, von denen Höchstleistungen verlangt werden und in denen daher die Arbeitsintensität aufs äusserste gesteigert ist, eine grössere Neigung der Beschäftigten zu Unfällen wahrzunehmen ist.“

Die deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten führen seit Jahren einen zähen Kampf um die Erhaltung der letzten Reste des ehemals vorbildlichen deutschen Arbeiterschutzes. Anstelle der Betriebssicherheit ist „Schönheit der Arbeit“, anstelle der Schutzmassnahmen sind in zahllosen Betrieben bunte Blumenbeete und luxuriös ausgestattete Kantinen getreten, die ausländischen Besuchern imponieren, den Arbeiter jedoch, der kaum vom Fließband aufsehen darf, nicht retten können. Es klingt wie Hohn — und es ist wohl Hohn — wenn in dem zitierten Bericht der Gewerbeaufsicht weiter gesagt wird:

„Dankbar sei hier der Bemühungen der DAF, besonders ihres Amtes für Schönheit der Arbeit, gedacht, deren umfassend durchgeführte Aktionen ein immer sichtbarer werdender Erfolg beschieden ist.“

Eine Steigerung der Unfallziffern — das ist der „immer sichtbarer werdende Erfolg“ der nationalsozialistischen Ausbeutung. Wehe dem Volke, dessen Regierung die Kräfte des Landes schon im Frieden bis zum Weissbluten erschöpft und gleichzeitig alles notnötig, um dieses ausgepumpte Land in einen Krieg zu treiben.

Kein Recht auf Urlaub

Zu den demagogischen Behauptungen, mit denen die Nationalsozialisten vor allem im Ausland den sozialen Charakter ihres Regimes beweisen wollen, gehört die, dass alle deutschen Arbeitern der Anspruch auf Urlaub und gleichzeitig auch die Möglichkeit gegeben hätten, den Urlaub zweckentsprechend zu verbringen.

Tatsache ist, dass die Arbeiterschaft und die freien Gewerkschaften in jahrelangen zähen Kämpfen für einen erheblichen Teil der Arbeiter den Urlaubsanspruch tariflich

festgelegt hatten. Die Nationalsozialisten konnten diese früher erreichte soziale Vergünstigung nicht mit einem Federstrich beseitigen. Aber die Unternehmer haben mit ihrer Unterstützung in zahlreichen Fällen die Urlaubsgewährung eingeschränkt. Jetzt wird durch eine neue Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts die Behauptung von dem Urlaubsanspruch der Arbeiter im Dritten Reich Lügen gestraft. Es hat eine Entscheidung gefällt, in der es klar und

Den Mitteln, mit denen es dem Dritten Reich gelungen ist, sich eine vorherrschende Stellung im Aussenhandel Südosteuropas zu erobern, ist die Originalität nicht abzuspüren. Mangels Devisen musste man notgedrungen die bisherigen Lieferanten, die darauf bestanden, ihre Forderungen bezahlt zu bekommen, gegen andere auszuwechseln, die bereit waren, Rohstoffe anstatt gegen Devisen, unmittelbar gegen Fertigwaren einzutauschen. Das Vordringen des Dritten Reiches in den Südosten Europas ist also gewissermassen mit dem Gelde finanziert worden, um das die Westmächte von Schacht geprellt worden waren. Aber die Gegenseitigkeit der Kompensationsverträge mit den Donauländern wurde von Schacht nicht inne gehalten. Er liess ihre Einfuhr nach Deutschland ansteigen, aber zugleich die deutsche Ausfuhr nach dem Südosten bremsen, um Jugoslawien, Rumänien usw. zu zwingen, wenn sie bezahlt sein wollten, die Einfuhr aus Deutschland zu forcieren und sich wirtschaftlich an das Dritte Reich zu binden. So wurde die wirtschaftliche Schwäche des Devisenmangels in eine wirtschaftliche Waffe umgeschiedet, die dazu verhalf, der friedlichen Durchdringung nach dem Balkan den Weg freizumachen.

Den hohen Rang, den Deutschland in den Aussenhandelsbeziehungen Südosteuropas einnimmt, hat ihm natürlich nicht erst das Dritte Reich verschafft. Er beruht auf Deutschlands industrieller Leistungsfähigkeit und seiner geographischen Lage. Im Jahre 1937 hatte die deutsche Ausfuhr nach dem europäischen Südosten, nach Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, noch nicht den Marktwert von 1929 erreicht. 1929 führte Deutschland für 585 Millionen Mark nach diesen fünf Ländern Südosteuropas aus, 1937 für nur 556 Millionen Mark. Auch im ersten Vierteljahr 1938 war der Monatsdurchschnitt des deutschen Exports vom Jahre 1929 noch nicht erreicht. Das Niveau der Konjunkturjahre ist zwar von der Ausfuhr noch nicht erzielt, aber von der Einfuhr Südosteuropas nach Deutschland überschritten. Der einstige Ausfuhrüberschuss von Fertigwaren hat sich in einen Einfuhrüberschuss agrarischer und industrieller Rohstoffe verwandelt. Das Dritte Reich muss mehr Vieh und Getreide aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien, rumänisches Öl, bulgarischen Tabak, griechischen Tabak und griechische Früchte beziehen, weil sie es anderswo ohne Devisen nicht bekommt. Seit Hitler regiert, hat der Warenhandel zwischen Deutschland und Südosteuropa seinen Charakter verändert. Es überwiegt nicht mehr die deutsche Fertigware, sondern die Rohstoffe aus den Donauländern. 1929 bestand noch ein Uebererschuss der deutschen Ausfuhr von rund 70 Millionen, 1934 ein Einfuhrüberschuss von 78 Millionen. Inzwischen ist die deutsche Ausfuhr nach Südosteuropa stärker gestiegen als seine Einfuhr aus den Donauländern. Immerhin hat der Einfuhrüberschuss von 12 Millionen 1936 auf 18 Millionen 1937 zugenommen.

Aber im Ganzen lasten auf dem europäischen Südosten noch die Nachwirkungen der grossen Krise. Sein Aussenhandel bleibt noch ziemlich weit hinter der Konjunkturperiode zurück. So konnte der deutsche Aussenhandel nach dem Balkan, wenn auch nicht absolut, so doch prozentual beträchtlich anwachsen, seine überragende Bedeutung für den europäischen Südosten verstärken. In welchem Masse das gelungen ist, zeigt die folgende Tabelle. Es betrug der Anteil Deutschlands am Aussenhandel in Prozenten:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1929	1937	1929	1937
Bulgarien	22,2	54,8	29,9	43,3
Griechenland	9,4	27,1	23,1	30,5
Jugoslawien	33,0	42,7	24,1	35,2
Rumänien	24,1	29,5	27,6	19,9
Ungarn	20,0	26,2	11,7	24,1
Tschechoslovakei	25,0	15,5	19,4	13,7

In allen diesen Ländern mit Ausnahme der Tschechoslovakei ist also das wirtschaftliche Schwergewicht Deutschlands verstärkt, wenn auch nicht überall im gleichen Masse. Am stärksten in Bulgarien, wo die Abhängigkeit in der Einfuhr auf das Doppelte, in der Ausfuhr um die Hälfte zugenommen hat. Es folgt Jugoslawien, an des-

ausdrücklich feststellt, dass aus der allgemeinen Fürsorgepflicht des „Betriebsführers“ ein Urlaubsanspruch der Beschäftigten nicht abgeleitet werden könne. Das Reichsarbeitsgericht fühlt sich zu der Verneinung des Urlaubsanspruchs berechtigt, weil der Gesetzgeber, wenn er den Urlaubsanspruch der Arbeiter habe sicherstellen wollen, ja die Möglichkeit zum Erlass entsprechender Gesetze oder Tarifordnungen gehabt habe.

Es wird also in dem Urteil nicht nur der Urlaubsanspruch der Arbeiter in den Fällen verneint, wo nicht eine genaue Regelung erfolgt ist, sondern es wird damit auch gleichzeitig zugegeben, dass diese Regelung für manche Arbeiterkategorien tatsächlich nicht besteht.

Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts zerstört also den sozialen Schwindel, den das Regime zu Täuschungszwecken fortgesetzt betreibt.

Hitler auf dem Balkan

Die Gegenoffensive der Westmächte

sen Ausfuhr das Dritte Reich mit nahezu der Hälfte und an dessen Einfuhr es mit mehr als einem Drittel beteiligt ist. Nur die Tschechoslovakei hat vermocht, für den zahlungsunfähigen deutschen Kunden in devisenstärkeren Ländern Ersatz zu finden. Auch wenn man das annektierte Oesterreich einrechnet, ist der Anteil Deutschlands am Aussenhandel der Tschechoslovakei von einem Drittel auf ein Fünftel gesunken. Sonst ist selbstverständlich Deutschlands Uebergewicht an der Donau seit dem Anschluss gewachsen, besonders in Jugoslawien und Ungarn.

Bisher war das Streben Deutschlands, den Balkan zugleich zum Feld wie zum Ausfallstor seiner wirtschaftlichen Expansions zu machen, von Erfolg gekrönt. Damit ist aber nicht gesagt, dass nach dem Anschluss Oesterreichs dieser Erfolg sich „radikal steigern muss. Es stellen sich vielmehr der Vollendung der Strasse Hamburg—Bagdad, der Verwirklichung des alten Traumes imperialistischer deutscher Herrlichkeit schon auf der südosteuropäischen Elappte einige Hindernisse entgegen. Vor allem ist es bedeutsam festzustellen, auf wessen Kosten das Dritte Reich sich auf dem Balkan ausbreiten konnte, wessen Anteil am Balkangeschäft einbüssen musste, auf dass der deutsche wachse. Frankreich, dessen wirtschaftliche Stellung im Donauraum ohnehin nicht stark war, hat in Bulgarien und Ungarn Terrain verloren, in Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslovakei ist sein Anteil am Aussenhandel seit 1929 etwas gewachsen, ähnliches gilt für USA. Es ist eine Witz der Geschichte, dass das Dritte Reich den Abessinien-Boykott ausgenutzt hat, um seinen Achsengegnossen das Balkangeschäft wegzuschnappen. So sank der Anteil Italiens am Aussenhandel Jugoslawiens in der Einfuhr von 10,8 Prozent 1929 auf 8,2 Prozent 1937 und in der Ausfuhr von 25 Prozent auf 10 Prozent, also von einem Viertel auf ein Zehntel. An zweiter Stelle hat die neue Ostmark die Zeche des deutschen Vordringens im Donauraum bezahlen müssen. Oesterreich war beteiligt an der bulgarischen Einfuhr und Ausfuhr 1929 mit 7,6 bzw. 12,5 Prozent, 1937 nur noch mit 3,4 bzw. 4 Prozent. Wo der deutsche Anteil am meisten angewachsen ist, ist der italienische und österreichische am stärksten zurückgegangen. Man wird sich aber hüten müssen, den Achsenfreund durch weitere Einbussen auf dem Balkan zu verstimmeln, und die deutschen Industrieunternehmen werden die neue Eroberung zweifellos benutzen, um auch noch den Rest des österreichischen Balkangeschäfts an sich zu reißen. Weder auf Kosten Italiens noch auf Kosten Oesterreichs wird sich also in Zukunft viel neues Terrain im Donauraum gewinnen lassen. Es ist, umgekehrt, anzunehmen, dass die bisherigen Erfolge gerade nach dem Anschluss dem Dritten Reich streitig gemacht werden. Sogar das Institut für Konjunkturforschung (Wochenbericht vom 4. Mai 1938) muss zugeben, dass eine „Gegenoffensive“ der valutastarken Länder im Südosten eingesetzt hat, wobei „handelspolitische Zugeständnisse“ eine wichtige Rolle spielen. Es ist vor allem England, dessen Bemühen, im Südosten vorzudringen, recht erfolgreich sind. Sein Anteil an der bulgarischen Ausfuhr stieg von 1,6 Prozent 1929 auf 13,9 Prozent 1937. England benutzt also in stärkerem Umfange als bisher den Balkan als Rohstoffquelle. Auch für Jugoslawien, Rumänien und Ungarn ist Englands Bedeutung als Abnehmer wie als Lieferant gestiegen. In der Tschechoslovakei haben USA und England gewonnen, was das Dritte Reich eingebüsst hat.

Durch den Anschluss ist die Gefahr bedrohlicher geworden, dass das Dritte Reich mit der Waffe wirtschaftlichen Drucks und wirtschaftlicher Bindung sich dem europäischen Südosten botmässig macht. Daher haben sich seit dem Anschluss die Bemühungen der Westmächte verstärkt, dem Dritten Reich im Donauraum den Rang abzulaufen. Den Westmächten kommt dabei die von Hitlerdeutschland selbst geförderte Industriellierung des Südostens zustatten. Vor allem die Textilindustrie ist auf dem Balkan in den letzten Jahren ausgebaut worden. Die Länder waren von der Agrarkrise schwer betroffen und suchten Ersatz in der Erzeugung bisher eingeführter Industrieartikel im eigenen Lande. Aber mit dem Entstehen

neuer Textilfabriken wächst der Bedarf nach Textilrohstoffen, an denen Deutschland selbst notleidet. Daher muss Südosteuropa bestrebt sein, sich von der einseitigen Bindung an den Austausch mit Deutschland zu lösen und die Ausfuhr nach Ländern zu lenken, die sie mit Devisen bezahlen können. Schon das ökonomische Interesse der Südostländer und das politische Interesse der Westmächte kommen also einander entgegen, ganz abgesehen davon, dass die Länder um die Donau dringend wünschen müssen, nicht ohnmächtig dem verstärkten Druck „Grossdeutschlands“ ausgesetzt zu sein. Das Institut für Konjunkturforschung hofft allerdings dass „der scharfe Rückschlag an den internationalen Rohstoffmärkten im vergangenen Jahr und die auch noch heute andauernde Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung in der Welt sicher manche der übrigen Abnehmer in Südosteuropa zu einer Einschränkung ihrer Käufe veranlassen wird“. Es kann aber auch anders kommen, nämlich neue Absatzgebiete zu suchen. Zur Zeit jedenfalls wird nahezu ein Wettkampf um das Eindringen in die südosteuropäische Wirtschaft ausgefochten mit den Westmächten auf der einen, Hitlerdeutschland auf der anderen Seite.

Zwischen der englischen und der französischen Regierung besteht eine Vereinbarung, die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Südosten zu intensivieren. Im Zusammenhang damit stehen die Verhandlungen des seit zwei Jahren bestehenden französisch-jugoslawischen Wirtschaftsausschusses, die anfangs dieses Monats in Paris stattgefunden haben. Deutschland förderte sein Eindringen in den Balkan durch besondere Vergünstigungen, die den Donau- und Balkanländern bei der Einfuhr von Agrarprodukten gewährt werden. Den Erzeugern werden höhere Preise gezahlt, als sie sonst auf dem Weltmarkt erzielen können. Auch Frankreich will nunmehr die jugoslawische Einfuhr durch Gewährung von Zollpräferenzen und ermässigten Eisenbahntarifen und durch Erhöhung der bisherigen Einfuhrkontingente bevorzugen. Die Kontingente für Holz, die Frankreich Oesterreich eingeräumt hatte, sind gegenstandslos geworden, dadurch, dass alles in der Ostmark verfügbare Holz dem Reich zur Linderung seines Holz Mangels vorbehalten wird. Frankreich hat Jugoslawien als Entschädigung für diese Einbusse die Erhöhung der Kontingente für Holz zugestanden, ausserdem für einen seiner wichtigsten Agrarprodukte, Bohnen. Im Herbst, nach der Ernte, wird man zu einer festen Vereinbarung über die Abnahme der Ernteüberschüsse von Weizen und Mais gelangen. Die Verhandlungen, die der frühere rumänische Premierminister Tartarescu jüngst in London gepflogen hat, bezweckten die Verstärkung der rumänischen Rüstungen mit Hilfe englischer Kredite. Es häuften sich in letzter Zeit die Verschiffungen von Manganerz nach Frankreich. Der europäischen Südosten wird von den Westmächten nahezu umworben, nachdem er bisher arg vernachlässigt worden war.

Die Westmächte besinnen sich auf den Schutz der ihnen befreundeten Balkanländer und auf die Wahrung ihrer eigenen Lebensinteressen, fast zu spät. Denn das Dritte Reich wird diese Gegenoffensive nicht ohne heftigen Widerstand hinnehmen. Sein Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln wird ihm hier zum Vorteil, denn es steigert seine Aufnahmefähigkeit für die Produkte der Donauländer auch dann, wenn andere Länder unter Konjunkturückschlägen zu leiden haben. Sein Aussenhandelsmonopol ermöglicht ihm, die Preise der Westmächte durch verstärktes Dumping zu unterbieten. Die letzte Entscheidung darüber, ob es Hitler gelingt, den Südosten Europas seiner Machtsphäre einzuverleiben, liegt aber in der Tschechoslovakei. Es ist die Festung, die Europa verteidigt und deren Schicksal zugleich das Schicksal Europas ist. Es ist das Bollwerk, das Hitler noch hemmt, Herr über den Südosten Europas und damit über ganz Europa zu werden. Daher der wütende Ansturm Hitlers auf dieses Bollwerk der Zivilisation. Die Tschechoslovakei hat bewiesen, dass sie weiss, was auf dem Spiele steht. Werden die Westmächte ihr helfen, Hitler das Tor nach dem Südosten zu verschliessen?

G. A. F.

Berichte aus Deutschland

Die Rache an den Wehrlosen Konzentrationslager Buchenwald

Ein Kenner des Konzentrationslagers Buchenwald in Thüringen, aus dem Forster und Bargatzky nach der Ermordung eines SS-Mannes entflohen, berichtet uns:

Bargatzky war tatsächlich ein schwerer Krimineller aus dem Ruhrgebiet. Im Konzentrationslager genoss er aber weit mehr Rechte als die meisten politischen Gefangenen, zu denen auch Forster gehörte. Er passte sich dem System sehr gut an, sprach ganz in ihrer Landsknechtssprache und als man ihn zum Aussendienst einteilte, wurde er Vorarbeiter bei den Strassenbauten und Entwässerungsarbeiten.

Im Lager selbst bekamen alle Insassen wegen der Tat drei Tage Kostentzug am Abend, — eine harte Strafe, bei der schweren Arbeit, die tagsüber zu verrichten ist. Die Gefangenen konnten abends nur Wasser trinken. Am dritten Tage wurde auch noch das Verbot, gleichzeitig wurden am 3. Abend wahllos aus jeder Gruppe durch Los zwei Leute ausgewählt und masslos geprügelt, um so die Leute gegeneinander auszuspielen. Besonders gemein war die weitere Strafe, dass neben den Esstischen Kübel mit Jauche aufgestellt wurden, damit, wie ironisch gesagt wurde, der Appetit am Abend nicht so stark wäre. Der Sadismus der KZ-Maschinerie hat noch in nichts nachgelassen, er funktioniert bei dem geringsten Anlass in der nun schon bekannten Weise.

Das Lager hat seit dem 25. Mai auch 200 Oesterreicher erhalten, es sind meist Beamte der höheren Gruppen aus der Schuschnigg-Zeit.

Der Untergang des Kleinbetriebs

Von einem Fachmann für Büromaschinen aus Sachsen erhalten wir von der Meldung des „Neuen Vorwärts“ Nr. 258, wonach in den Jahren 1936-37 ein „Reinabgang“ von 90 000 Handwerksbetrieben zu verzeichnen ist, einige erklärende Worte. Der Fachmann sagte uns:

Wie in seiner Branche, sei es wohl fast in jeder. Heute sei es fast eine Unmöglichkeit geworden, dass ein tüchtiger und strebsamer Handwerker sich selbständig machen könne, wenn er nicht über soviel Kapital verfügt, dass er mindestens einen mittleren Betrieb einrichten kann. Heute wird bereits den Handwerksmeistern von den einzelnen Fachgruppen vorgeschrieben, wie ihr Betrieb beschaffen sein muss und welche Werkzeuge und Maschinen sie besitzen müssen, um als solcher anerkannt zu werden. Bei der jetzigen Erfassung der kleinen und mittleren Betriebe und den Vorschriften über die fortgesetzte Kontrolle derselben, die regelmässig stattfindet, sind nach und nach die Kleinbetriebe stillgelegt worden, deren Inhaber nicht über das nötige Kapital verfügten, um ihren Betrieb nach den erlassenen Vorschriften einzurichten. Diese ehemaligen Betriebsinhaber sind jetzt zum grössten Teil in den Grossbetrieben als Werkmeister oder auch als Gehilfen untergekommen.

In der Büromaschinenbranche war die Entwicklung in der Regel so, dass die Vertreter von Büromaschinen eine Anzahl Mechaniker beschäftigten, die Reparaturen ausführen. War der Mechaniker eine längere Zeit beim Vertreter beschäftigt gewesen, so hatte er mit dessen Kundschaft oftmals persönliche Fühlung und bekam Einblicke über das mühselige Einkommen des Vertreters. Es dauerte meist auch nicht lange, so machte sich der Mechaniker selbständig.

Wie aus den neueren „Verbandsmitteilungen der Reichsfachgruppe Büromaschinen im Reichsverband des Mechanikergewerbes“ ersichtlich, sind Ende 1934 Durchführungsbestimmungen von Werkstattkontrollen erlassen. In verschiedenen Fällen wurden Werkstätten nicht anerkannt, weil deren Inhaber nicht die Mittel besass, um die fehlenden Werkzeuge und Maschinen anzuschaffen. Hinzu kam noch, dass gerade in dieser Branche nur mit erstklassigem Material und nicht mit Ersatzstoffen gearbeitet werden kann, deren Beschaffung für Kleinbetriebe fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Auch dieser Umstand hat dazu mit beigetragen, dass viele ihre Selbstständigkeit aufgaben und Arbeit bei Vertretern oder in grösseren Betrieben angenommen haben.

Deutschland - ein Heerlager Umfassende Kriegsvorbereitungen - Truppenübungen

Man schreibt uns aus Deutschland:

Die zweite Mai- und die erste Junihälfte waren in fast allen Gebieten Deutschlands von Militärtransporten beherrscht. Während der zweiten Maihälfte glich das Unterweser- und Unterebgebiet einem wahren Heerlager. Aus Hannover, Hamburg und Bremen waren die Truppen im Gebiet und erwarteten offensichtlich neue Befehle. Das ging daraus hervor, dass mit Truppen beladene Sonderzüge oft zwei bis vier Tage auf den Bahnhöfen stehen blieben, was bisher noch nicht zu beobachten war. Später bewegten sich die Truppen nach Mitteldeutschland zu und Mitte Juni glich das Gebiet um Naumburg einem grossen Heerlager. Die Uebungen der hier versammelten Truppenverbände sollen den ganzen Monat andauern. An den Uebungen ist auch Post- und Bahnschutz beteiligt. Die Stimmung bei den Soldaten ist mau. Die Manöverübungen sind sehr ermüdend, da ihnen wenig Nachtruhe gegönnt wird. Aus-

serdem ist der Eindruck allgemein, dass man sich in Kriegsnähe befindet.

Die Angriffsdivisionen

Aus Ostachsen wird uns berichtet:

Seit dem 16. Mai wurden auf dem Truppenübungsplatz „Neuhammer“ folgende Formationen zusammengezogen und in höchster Bereitschaft gehalten:

1. 2 Bataillone des Pionier-Regiments 5 (ca. 2 000 Mann).
2. Minenwerfer-Batallion 3 mit schweren und mittleren Wernern (ca. 1 000 Mann).
3. 1 Batallion der Panzerdivision 15 mit schweren Tanks.
4. 1 Batallion des Infanterie-Regiments 30 mit schweren Maschinen-Gewehren und Maschinen-Pistolen (ca. 1 000 Mann).
5. 2 Bataillone des Infanterie-Regiments 58 mit schweren Maschinen-Gewehren (ca. 2 000 Mann).
6. 2 Bataillone des Infanterie-Regiments 108 mit schweren Maschinen-Gewehren (ca. 2 000 Mann).
7. 1 Batallion des Infanterie-Regiments 84 mit leichten Maschinen-Gewehren (ca. 1 000 Mann).
8. Schweres Artillerie-Regiment 18 mit 21 cm. und 30,5 cm. Langrohrge-

schützen und einer Flakbatterie.

9. Schweres Artillerie-Regiment 18 mit 21 cm. Langrohr, Flakbatterie und Beobachtungsabteilung.

An nationalsozialistischen Kampfformationen lagen in Neuhammer und in den Orten Loos, Tschiebsdorf und Lenzendorf:

1. SS-Stürme von den Standarten 15, Buzlau, 11 Breslau und 103 Bautzen (ca. 3 000 Mann).
2. Totenkopfstandarte 3 Weimar (ca. 500 Mann).
3. Motorradstaffel von den Standarten 1 und 11 Breslau und 106 und 107 Leipzig (ca. 500 Mann).
4. Bergsteiger-Sturm 15 und 16 von Standort 100 Dresden (ca. 500 Mann).

(Alles in militärischer Ausrüstung, Maschinengewehren, leichten Tanks und leichten Minenwerfern.)

5. Fliegerkorps 38 aus Weimar mit einem Geschwader von 81 Maschinen (Messerschmidt und Heinkel).

Sämtliche Chargen dieser Formationen erhalten tschechischen Unterricht und Informationen über tschechische Rangabzeichen. Am 22. Mai sind die 2 Bergsteiger-Stürme nach Waldenburg abgegangen, sowie auch das Artillerie-Regiment 18.

Sklaven werden verschickt

Von den besonderen Freuden eines Arbeiterdaseins im braunen Deutschland berichtet man uns aus Sachsen:

„Da die Arbeiten an den Autobahnen beendet sind, wurden eine grosse Anzahl Bauarbeiter frei. Aus dem Zwickauer Gebiet wurden von ihnen 500 Arbeiter nach Schlesien vermittelt. Dort soll die Sudetenstrasse ins Riesengebirge weiter ausgebaut werden. Die Arbeiter wurden in Schreiberhau stationiert. Die Autobahnarbeiter Westsachsens haben über diese neue Vermittlung keine besondere Freude. Viele von ihnen haben zu Hause ein kleines Häuschen mit etwas Gartenwirtschaft und haben die dauernden Rumsielerei satt. Sind sie doch nun schon fast 5 Jahre auf Autobahnbaustellen, von der Familie getrennt. Oft konnten sie nur nach Monaten einmal nach Hause fahren. Dabei ist der Verdienst gering. Der Durchschnitt beträgt rein pro Woche 23 Reichsmark. In den meisten Fällen wurde eine Ueberwachung in der Form durchgeführt, dass die Arbeiter gehalten sind, mindestens 15 Reichsmark wöchentlich den Familien nach Hause zu schicken. Die Arbeiter liebten so abhängig von der gereichten Massenkost und den entsprechenden Quartieren. Sie bemühten sich deshalb jetzt zu erreichen, dass sie wenigstens eine Weile zu Hause in den Genuss der Arbeitslosenunterstützung bleiben können. In diesen Fällen wurden ihnen aber Reverse zur Unterschrift vorgelegt, dass künftig auf Arbeitszuteilung nicht mehr gerechnet würde. So blieb nichts anderes übrig, als die neue Arbeitsstelle wieder anzutreten.“

Die in der Textilindustrie im Zwickauer Gebiet freigesetzten Arbeitskräfte wurden sofort nach Bayern ins Nürnberger Gebiet vermittelt in Zellwollebetriebe und zum Teil in Munitionsfabriken nach Wittenberg.

Im oberen Vogtland hat man die noch vorhandenen 2000 Arbeitslosen einfach für die Landwirtschaft aufgeteilt, gleichgültig ob sie sich für diese Arbeiten eignen oder nicht.

Im Gebiet von Nordhausen-Sangerhausen ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls wieder grösser geworden, obwohl noch ein erheblicher Teil von alten Arbeitslosen vorhanden ist. Vom Arbeitsamt Eisleben wurden am 1. Juni 1800 Leute nach Fallersleben vermittelt. Dort sind mehrere Bauten auszuführen, vor allen Dingen die grosse Reklameautofabrik.

Im Landkreis Mainfranken ist das Holzgewerbe fast ohne Aufträge. Insgesamt waren Anfang Juni 3500 alte und 12 000 neue Arbeitslose vorhanden, die zu vermitteln sind. 5000 Personen aus dem Gebiet sollen bei den Kanalbauarbeiten untergebracht werden.

Die österreichischen Urlauber

Man schreibt uns aus verschiedenen Bezirken Deutschlands, dass es voraussichtlich nicht mehr lange dauern wird, bis man die ganze österreichische Urlaubsaktion abbricht. Von den österreichischen Urlaubern, gleichgültig ob es sich um Frauen, Männer oder Kinder handele, werde mehr Unruhe ins Altreich getragen, als der volksgemeinschaftliche Sinn befördert. Die für die nächste Zeit vorgesehenen *Frauentransporte* sollen garnicht in der bisher üblichen Weise privat untergebracht werden, sondern in Heimen, wo die Ueberwachung besser gewährleistet ist.

Der erste österreichische *Kindertransport*, der zum Beispiel aus Sachsen frühzeitig als beabsichtigt, wieder zurückgeleitet wurde, hat nicht sehr befriedigt. Die Kinder stellten teilweise zu hohe Ansprüche an die Ernährung. Sie hatten noch keine richtige Vorstellung von der Ernährungsgrundlage im Altreich und gingen von ihren alten Voraussetzungen in Oesterreich aus, die sich sicher nunmehr auch rapid geändert haben werden. Sie empfahlen deshalb den Hausfrauen ihrer Gastgeber gute Wiener Kochrezepte. Die Quartiergeber waren über diese indirekte Kritik ihres Essens verbittert.

Eine andere Wirkung hinterlassen die österreichischen Arbeiter-Urlauber. Hier haben sicher die Nazistellen ein Interesse daran, dieses Verfahren der privaten Unterbringung nicht in der bisherigen Weise fortzusetzen. Viele der österreichischen Arbeiter sind sehr kritisch und legen wenig Begeisterung an den Tag. Sie haben auch noch keine richtige Vorstellung von der Rücksichtslosigkeit der preussischen Polizeimethode und brachten ihre Auffassungen beim Ausgang mit dem Quartiergeber und in der Kneipe noch ziemlich unverblümt zum Ausdruck. Darüber freuten sich die sächsischen Arbeiter und sie gingen gerne mit ihren Gästen aus.

Österreichs alte Kämpfer

Es wird uns berichtet:

„Fast die ganze SA sei aus Oesterreich herausgezogen worden zu einer angeblichen Urlaubsaktion, um sie für ihren langen, opfervollen Kampf zu entschädigen, den sie um die Eingliederung Oesterreichs geführt habe. Das Ganze beruhe auf ganz anderen Beweggründen. In der österreichischen SA nahm die Misstimmung immer mehr zu und wurde zu einer immer grösseren Gefahr für das Bürckelregime. Nun sei der geschickte Dreh gefunden worden, diese unruhigen und rebellierenden Elemente ins Altreich abzuschleppen und dafür von dort verlässlichere SA- und SS-Leute nach Oesterreich ziehen zu können. Die alle Führung der SA in Oesterreich sehe diesen für sie folgenschweren Kurs, der eine immer stärkere Ausschaltung des

österreichischen Elementes bringe und erhebe deshalb immer dringendere Vorstellungen.“

Dazu hören wir aus dem Vogtland: „In die vogtländische Polizei und Gendarmerie sind zahlreiche Oesterreicher eingereiht worden und die bisherigen Posteninhaber wurden nach Oesterreich versetzt, und zwar nach Niederösterreich aufs flache Land als Polizeibeamte und Feldgendarmen. Sie berichten nach Hause, dass dort unten scharf vorgegangen werden muss.“

Braune Atmosphäre

Unter den Heinkelarbeitern in Rostock und Warnemünde, wo es an sich gute Lohnverhältnisse gibt mit allerlei Sondervergünstigungen, ist, wie man uns schreibt, die Stimmung nicht günstig für das Regime. Es finden dauernd Verhaftungen statt. Bei 5000 Beschäftigten pro Schicht, bringt fast jeder Tag Häftlinge, die man ein bis zwei Tage behält, dann entweder wieder freilässt oder an die Gestapo abgibt. Die Heinkel spricht einfach der Werkskommandant aus, der Werkspolizei und Werkfeuerwehr kommandiert. Er war früherer Polizeikommandant in Stettin. Das Werk unterhält ein eigenes Polizeihaus mit 20 Plätzen, das fast immer gefüllt ist. Die Verhaftungen erfolgen meistens auf Grund von Denunziationen, die an der Tagesordnung sind, da die ganze Belegschaft mit Spitzeln aller Art durchsetzt worden ist. Die ganze Atmosphäre, unter der gearbeitet werden muss, ist schwül und deprimierend.

Kriegsgeheimnisse. Im Gebiet Mersburg-Leuna ist jetzt dauernd SS stationiert, die mit besonderer Schärfe die Ueberwachung der Betriebe und Wohnungen durchzuführen. Die Meldepflicht von Besuch ist verschärft worden. Es muss schon Voranmeldung erfolgen. Ein Umstand, der die Arbeiter veranlasst, Besuch möglichst fernzuhalten.

Freunden der Autarkie. Die Lederfabrikation in Offenbach stockt, da Lederknappheit herrscht. Für Luxusleder werden die Folgen dieser Massnahmen drohen, dauerndem Kundenverlust auf dem Exportgebiet zu führen, weil die alten Kunden ihre Aufträge nach England und USA geben.

Defallisten werden eingelocht. In Weisensfeld ist ein ganzer Skatklub von gutherzigen Leuten in Schutzhaft überführt worden. Aus dem Klub war bekannt geworden, dass er politisch debattierte und dabei die Ansicht vertreten wurde, dass Deutschland im Falle eines Krieges, diesen nur einige Wochen durchhalten könne, allein schon aus Mangel an Benzin und Öl.

Kriegsziel 1938

Sturz der Hitlerdiktatur / Von Friedrich Stampfer

Kommt es zum Krieg, so werden die „dynamischen“ Mächte um Land und Geld fechten. Was kann der Siegerpreis der anderen sein?

Für die Gegner Deutschlands kann es vernünftigerweise Kriegsziele materieller Art überhaupt nicht geben. Es wird kaum ein Nachbar so wahn-sinnig sein, rein deutsches Land an-nektieren zu wollen — und wenn könnte es locken, die Erfahrungen, die man mit den Reparationen ge-macht hat, zu wiederholen? Die 132 Milliarden Goldmark, zu denen man Deutschland nach dem ersten Welt-krieg auf dem Papier verurteilt hat, werden ohnehin im Verhältnis zu den Schäden des zweiten nur ein Pap-penstiel sein — und Deutschland ist diesmal schon vor dem Kriegsbeginn bankrott.

Die Sieger über Deutschland ha-ben weder Landgewinn noch Geld zu erwarten. Wofür also könnten sie kämpfen, wenn nicht für den Frieden, den wirklichen Frieden, der nicht nur eine Pause zwischen zwei Kriegen ist, sondern der den dauernden Kriegszu-stand, in dem sich Europa befindet, ein für allemal beendet?

Wie ist dieser Friede zu erreichen? Die Militärs werden sagen, man muss Deutschland so schlagen, dass es über-haupt nie wieder aufstehen kann, aber die Politiker, sofern sie ihren Verstand behalten haben, werden ihnen antworten, dass es ein solches Niederschlagen überhaupt nicht gibt. Der Gedanke, das deutsche Volk dauernd kampfunfähig zu machen, ist eine Utopie, ein jeder Versuch, ihn zu verwirklichen, würde nicht den Frieden, sondern den Krieg in Europa verewigen.

Wenn man etwa versuchen wollte, Deutschland in mehrere Teile zu zer-reissen, was würde die Folge sein? Sicher doch die Entstehung einer Ei-nigungsbewegung, die nur durch dauernde militärische Ueberlegenheit niederzuhalten wäre. Hunderttausend Bewaffnete müssten deutsches Gebiet besetzt halten, andere Millionen müssten an den Grenzen stehen blei-ben, jederzeit zum Einmarsch bereit, um einen Zusammenschluss der aus-einandergerissenen wieder zueinan-derstrebenden Teile zu verhindern. Aber eine einzige Stunde der Schwäche würde genügen, um die Anstrengungen vieler Jahre mit einem Male zunichte zu machen.

Wenn also die Besieger Deutsch-lands weder in Land- und Geldgewinn und in der Zerreissung der besiegten Länder ihren Siegerpreis suchen können, was bleibt ihnen dann noch zu wünschen und zu tun übrig? Nichts, wenn nicht die Verwandlung Deutschlands in einen Staat, der fähig und würdig ist, einem euro-päischen Friedensbund freier Völker als gleichberechtigtes Mitglied anzu-gehören.

Wir haben oft gesagt und geschrie-ben, dass wir wenig Vertrauen haben zu einer Freiheit, die dem deutschen Volke auf der Spitze fremder Bajo-nette gebracht wird. Ginge es nach unserem Wünschen und Wollen, so würden wir eine später im Frieden und aus eigener Kraft eroberte Frei-

heit, bei weitem einer Freiheit vorzie-hen, die aus einer militärischen Nie-derlage geboren ist. Wenn aber Hitler weiter zum Kriege treibt, wie er es bis-her getan hat und wohl auch weiter tun muss, weil das Wesen der Dikta-tur es so verlangt, dann bleibt trotz alledem kein anderes Kriegsziel übrig als der Sturz der Diktatur, die Bestra-fung der Kriegsschuldigen, die Ver-wandlung des totalitär-militärischen Deutschlands in ein freiheitlich-fried-licheres.

Dies ist das einzige Kriegsziel, des-sen Erreichung für alle Völker Euro-pas ein unermesslicher Gewinn wäre. Es ist aber auch zu erreichen, wenn es von Anbeginn an mit eindeutiger Klarheit herausgestellt wird. Wenn es darum geht Deutschland vor der Zer-reissung und Zerstückelung zu bewah-ren, so werden viele deutsche Solda-ten bereit sein, einen langen und er-bitterten Kampf zu führen. Diese Be-reitschaft wird aber nicht vorhanden sein, wenn das deutsche Volk über-zeugt sein wird, dass die Niederlage gar keine andere Wirkung haben kann als den Sturz der Diktatur — eine Wirkung, die ein grosser Teil des Volkes keineswegs fürchtet, sondern aus ganzem Herzen herbeisehnt. Eine ausschliesslich auf den Sturz der nazi-stischen Verbrecherherrschaft gerichtete Kriegszielparole würde ebenso kriegsabbrückend wirken wie ein auf die Zerreissung Deutschlands gericht-etes Programm kriegsverlängernd; denn es ist keinesfalls zu erwarten,

dass das deutsche Volk bereit sein wird, jahrelang zu bluten und zu hun-gern, bloss um das Glück der braunen Diktatur noch länger geniessen zu können.

Es ist sicher richtig, dass eine solche Kriegszielpolitik etwas Neues darstel-len würde — abgesehen von dem schüchternen und missglückten Ver-such, den Wilson am Ende des Welt-krieges in dieser Richtung unternom-men hat. Es ist aber ebenso wichtig, dass die bisher geübte Methode der Sieger, sich mit Geld, Land und Ent-waffung der Gegner bezahlt zu ma-chen, nie zum Dauerfrieden, sondern zu immer neuen Kriegen geführt hat.

Wer das Ziel des europäischen Dauerfriedens erreichen will, wird sich daher entschliessen müssen, gänz-lich neue Wege einzuschlagen. Wer das Uebel radikal beseitigen will, der muss seine Wurzel ausrodern und aus-reissen, und diese Wurzel, das ist die nazistische Despotie.

Wir schreiben nicht mehr 1914, und gerade diejenigen, die vor 24 Jahren für die Bewilligung der Kriegskredite und die Landesverteidigung eingetre-ten sind, sehen die Veränderungen, die sich seitdem vollzogen haben, am allerschärfsten. Das alte kaiserliche Deutschland war immerhin ein Land, von dem man bei einigem Optimismus annehmen konnte, es sei imstande, sich friedlich zu einem demokrati-schen Staatswesen zu entwickeln. Die totale Despotie von heute hat alle

Wege einer friedlichen Entwicklung versperrt, sie ist auf Gewalt gegrün-det, und nur Gewalt kann sie stürzen. Sie selber fordert ihr Schicksal heraus, indem sie sich anschickt, Europa in ein blutgetränktes Trümmerfeld zu verwandeln — es gibt nichts in der Welt, das mehr verdiente, zertrüm-tert zu werden als sie.

Im Jahre 1918 hat sich das deutsche Volk in einer noblen Aufwallung da-gegen aufgelehnt, dass seine früheren soeben gestürzten Herrscher als „Kriegsverbrecher“ den Siegern ausge-liefert würden. Es könnte wohl sein, dass das deutsche Volk nach einer neuen Niederlage eine solche Auslie-ferung wiederum ablehnen würde — dann aber nur aus der Sorge heraus, die fremden Kriegsgerichte könnten mit diesen Verbrechern zu gelinde verfahren. Vor zwanzig Jahren fand der Wahlschlager Lloyd Georges „Hängt den Kaiser!“ in Deutschland kein Echo, heute würde eine ähnliche Parole schon am ersten Kriegstage von vielen Millionen mit Begeiste-rung aufgenommen werden.

Die Gegner Hitlerdeutschlands ha-ben also alle Aussicht, einen kurzen Krieg mit wahrhaft glücklichem Aus-gang führen zu können, wenn sie ihr Kriegsziel richtig wählen . . . Es kann nicht heissen Zerreissung Deutsch-lands — die Zerreissung Deutsch-lands bedeutet die Zerreissung Euro-pas. Sturz der deutschen Diktatur als einziges Kriegsziel — heisst Freiheit und Frieden für alle Welt.

Opfer der Wahrheit Das System ermordet Mutter

Ueber Deutschland liegt das Dunkel des Dschungels. Im Dunkel rast der Mord. Seht her, ruft das Blutsystem dem Ausland zu, wenn irgendwo eine Ministerkrise sichtbar wird — seht her, bei uns gibts das nicht, bei uns herrscht Ruhe und Ordnung. Unterm Deckmantel dieser Scheinruhe, dieser „Ordnung“ werden die Juden geplün-deri und verjagt, werden die Konzentrationslager neuerdings mit unbequemen Oesterreichern gefüllt, wütet die Gestapo.

Das Volk spürt ständig um sich herum das Gespenst dieses Terrors, duckt sich, stumpft ab, gewöhnt sich an das Unheim-liche, wie sich der Urwald an den Tiger gewöhnt. Vom Schlimmsten weiss es kaum. In Stuttgart wurden vier Menschen wegen angeblichem Hochverrat hingerichtet, das Volk erfährt nichts über die Gründe, die Beweise, über die Foltern, mit denen Aus-sagen erpresst wurden. Dem Volke wird suggeriert: Hochverräter, Landesverräter, im Dienste einer fremden Macht. Hütet euch vor dem blossen Verdacht! Wären irgendwelche Beweise da, wie breit würde man sie der Öffentlichkeit unterbreiten. Hinter verschlossenen Türen wurden die misshandelten, verbundenen Angeklagten abgewürgt. Wenn das deutsche Volk die volle Wahrheit wüsste, es würde auf-schreien.

Diese vier in Stuttgart Hingerichteten haben sich nur eines Verbrechens schuldig gemacht: sie gehörten zu denen, die Recht, Gerechtigkeit und Völkerfrieden fordern. Schon das ist für einen Raubstaat, der den Ueberfall auf Europa vorbereitet, unerträglich. Darum musste auch der Kopf der Frau fallen. Wenn Frauen offen für Menschlichkeit einstehen, sind sie für den Hitlerismus gefährlicher noch als Männer. Liselotte Hermann, 29 Jahre alt, Mutter ei-nes kleinen Kindes, musste unterm Beil sterben, weil das Schandregime Angst hat vor den Millionen deutscher Mütter, in de-nen der Schauer vorm Kriege eines Tages sichtbare oppositionelle Formen annehmen könnte.

Es gibt ungeschriebene Gesetze, die selbst bei den Primitiven gelten; ein sol-

ches ist der Schutz von Mutter und Kind die Scheu davor, einem Kinde die Mutter zu morden, der Schauer davor, eine Frau zu töten, selbst wenn sie ein schweres Verbrechen begangen hat. Liselotte Her-mann beging kein Verbrechen, diente im Gegenteil dem Höchsten, das es in der zivilisierten Menschheit gibt: Recht und Ge-rechtigkeit. Aber die braune Despotie zer-trampelt alle Gesetze, die geschrieben wie die ungeschriebenen. Ihre Justiz hat nicht zu sprechen, sondern abschreckende Beispiele zu liefern. Die Hinrichtung einer Frau ist das Abschreckendste, also herunter mit dem Kopf, wenn er der Gerechtig-keit und Freiheit huldigte. Was sollen uns die sentimentalsten Petitionen ausländischer Korporationen? Bei uns herrscht Ordnung. Die Despotie begnadigt Frauenmörder und Schwerverbrecher, aufrechte Menschen aber erschüttern die Lüge, auf der das System aufgebaut ist. Da gibt es keine Gnade.

Diese Ordnung ist die organisierte Anar-chie des Henkerbeiles und terroristischer Gemeinheit. Vor kurzem wurde der Dichter Ernst Wiechert verhaftet. Nach der ei-nen Meldung soll bei ihm staatsfeindliches Material gefunden worden, nach einer an-deren Version soll seine Verhaftung er-folgt sein, weil er die SA-Bettelei mit der Begründung abgewiesen habe, er leiste seine Hilfsbeiträge schon lieber für den verhafteten Pastor Niemöller. Wieder er-fährt die deutsche Oeffentlichkeit nichts über die Verhaftung und ihre Gründe. Sie liegen sehr einfach. Wiechert ist dem Ge-waltregime unbequem; in Rede und Schrift hat er sich in dichterisch verschleierter Form dagegen ausgesprochen und war des-halb schon einmal in Haft. Die hat ihn nicht gebessert. Als vor Monaten das Organ der deutschen Jungbuchhändler gegen ihn abprotzte, war alles weitere vorauszusehen.

Man verzeiht ihm nicht, dass ihm Recht und Gerechtigkeit höher stehen als das ge-sicherte Mamelukentum der kommandierten Dichterei. In einer indischen Novelle lässt er den asiatischen Despoten vor dem Rechtsfanatismus eines indischen Kohl-

haas kapitulieren. Das sollen ihm die brau-nen Tyrannen verzeihen? Wer seine Bücher liest, der fühlt Wiecherts religiösvölkisches Herz; er war nie ein Stürmer, nie ein poli-tischer Freiheitskämpfer. Aber er war immer ein Poet, der zum staatlich organi-sierten Mord nicht ja sagen kann, der der freien Meinung ist, Recht sei ewiger als Menschengebilde, Wahrheit stehe höher als Lüge, christliche Gebote seien ewiger als Dekrete der Barbarei. Darum sitzt er jetzt im Kerker, und es kann die Zeit kommen, da zu den Gemarterten der deutschen Frei-heit ein Dichter gehört, der einst auch auf Hitler hoffte und der Gestapo nur deshalb verfiel, weil aufrechte deutsche Jugend in seinen Büchern nach den Konturen eines Reiches der Seele sucht.

Das braune Regime ist ein sadistisches System der Ausrottung der Besten und Tapfersten. Mord und Terror rasen im Dunkel, um europäischem Verbrechen das Feld frei zu ma-chen. In der neudeutschen Presse aber liest man: Recht und Ordnung herrschen im Dritten Reich. Und es gibt im Ausland immer noch Kreise, die auf solchen Bluff, wird er nur frech und hartnäckig verübt, ebenso hartnäckig hineinfallen. Trotz der Abwürgung schuldloser Männer und Frauen, trotz der Meuchelung von Geis-tigen, die gern schweigen wollten und vor Grausen nicht schweigen konnten.

Freuet euch des Lebens. In Naumburg wurde eine amtliche Bekanntmachung er-lassen, dass die Zeitungen von Selbstmor-den nur berichten dürfen, nachdem die amtliche Untersuchung abgeschlossen ist. Die Selbstmorde haben sich in der letzten Zeit wieder so gehäuft, dass diese Tatsa-che nicht nur im Ausland Rückschlüsse über die wirkliche Lage in Deutschland zu-lässt, sondern sie wirkt auch ausserordent-lich deprimierend im Inneren. Die Flucht aus dem Leben zeigt die Hoffnungslosigkeit des gegüllten Volkes. Die amtliche Be-kanntmachung hat keinen anderen Sinn als den, die Bekanntmachung der Selbstmorde überhaupt zu unterdrücken.

Wien wird ausgekauft

Nach der Befreiung Oesterreichs aus tiefster Not und Knechtschaft bemerkten die braunen Eroberer, dass die Läden Wiens angefüllt waren mit Wäsche und Kleidungsstücken von so guter Qualität, wie sie in Deutschland längst nicht mehr zu haben waren. Schnelligst ließen die hohen SA. und SS-Führer, denen es ja an Geld nicht fehlt, ihre Familien nachkommen und kleideten sie vollkommen neu ein. Als inflationsgeschulte Deutsche legten sie viel Geld in guten, alten Waren an.

Die Wiener Kaufleute, die sich in den ersten Tagen der Hitlerinvasion ganz naiv über den guten Geschäftsgang freuten, stellen nun mit Entsetzen fest, dass sie ihre Warenlager nicht mehr auffüllen können. In Berlin bewilligt man ihnen selbstverständlich keine Devisen für gute englische Stoffe.

Weihestädte

Vor der Arbeitsstelle München für Volksforschung und Heimaterziehung (Volksbildungskanzlei) hielt der Assistent am Philosophischen Seminar der Universität München, Heinz Ludwig Matzat, einen Vortrag über die Verstädterung. Laut Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ (Nummer 151) sagte er:

„Die Stadt kann uns niemals das Letzte und Endgültige sein. Uns sei jede Stadt das Zentrum eines bestimmten Lebens, das bestimmte Kulturgut des Volkes sei gewissermaßen in bestimmten Städten lokalisiert. Das Dritte Reich habe der Stadt einen Sinnmittelpunkt gegeben: Berlin Hauptstadt des Reiches, München Hauptstadt der Bewegung, Nürnberg Hauptstadt der Parteitage, Leipzig Hauptstadt der Messe und des Buchhandels, Frankfurt Hauptstadt des Handwerks usw. Das Zentrum der Stadt sei nicht mehr Stadt, sondern Stätte, Weihestätte.

Wie wäre es mit weihestädtischen Kraftwerken und einer weihestädtischen Verkehrsgesellschaft? Verdienen kann man, wenn man den Führer-, Bank- oder Schwerindustriekreisen angehört, in den Weihestädten jedenfalls besser als in den ehemaligen Geschäftszentren, die sich schlicht „Städte“ nannten. Die Verweihestädterung ist ihren phrasenreichen Nutznießern glänzend bekommen.

Neckerei mit Goebbels

Das „Schwarze Korps“ befasst sich in einem längeren Aufsatz mit Physiognomik und Prenologie. Bisschen schwierig, wenn man einerseits so viel von guter Rasse und ihren besonderen Merkmalen redet, aber andererseits meistens recht beträchtlich von den geschilderten Idealformen abweicht. Aber für das „Schwarze Korps“ gibt es keine unlösbaren Probleme. Es schreibt:

„Heute steht die Wissenschaft jedenfalls auf dem Standpunkt, dass es abwegig ist, allein an Hand des Erscheinungsbildes Schlüsse auf den Charakter ziehen zu wollen. Erst das Erbbild kann uns tiefere Einblicke vermitteln. Auf die gesunde Sippe kommt es an. Durch sie kann man selbst seine absteigenden Ohren vor der Öffentlichkeit verantworten.“
Wessen Ohren wohl gemeint sind?

Die primitive Vorstufe

Ohne dass man im Ausland sonderlich davon Notiz genommen hätte, lief in Wien die „5. Deutsche Reichstheaterwoche“ ab. Keine Theaterleistung von Bedeutung, keine Uraufführung, die über die Grenzen gelungen hätten. Dafür liess Goebbels eine Rede los, die lediglich durch ihre Komik und ihre Widersprüche auffiel. Er verteidigte (wir zitieren die „Frankfurter Zeitung“) das deutsche Theaterelend gegen die Vorwürfe.

„dass vor den breiten Massen nur Singspiele, Revuen und Operetten aufgeführt würden. Man solle das nicht unterschätzen. Die Unterhaltung sei immer die primitive Vorstufe der Kunst. Aus dem spielerischen Trieb der breiten Massen sei das gehobene ästhetische Bedürfnis entstanden. Gerade das arme Volk will im Theater sehen, was es zu Hause nicht zu sehen bekommt: Pracht und Glanz der Ausstattung, Grosszügigkeit und Monumentalität der technischen und dekorativen Mittel, ein Leben in königlichen Ausmassen... Wenn wir damit wieder angefangen haben und auf diese Weise das Volk wieder ins Theater zurückführten, so haben wir uns in Wahrheit um die deutsche Bühne ein bleibendes Verdienst erworben.“

Kurz, Goebbels gibt endlich zu, dass die Massen mit Ausstattungspomp in die deutschen Theater gelockt werden und dass man dort die „primitive Vorstufe“ erreicht habe. Er feiert als braune Erfindung und braunes Verdienst, was 1933 als jüdische Geschäftsmache verdonnert wurde. Das wirft ihm seine Opposition auch oft genug vor. Aber das alles hinderte ihn nicht, die bisherige Wiener Theaterkunst in den Orkus zu fegen:

Gleichschaltung der sudetendeutschen Industriellen Ganz wie im Dritten Reich

„Industriebetätigung ist nicht Selbstzweck, sondern Dienst an Volk und Heimat“. Grossindustrieller Theodor Liebig auf der Vollversammlung des „Deutschen Hauptverbandes der Industrie“ am 2. Juni in Reichenberg.

Wir erinnern uns aus der „Kampfzeit“ der Nazis in Deutschland, dass die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei rechtzeitig gute Beziehungen zum industriellen Scharfmachtum zu pflegen wusste. Im Herbst 1931 sprach Adolf Hitler vor besonders geladenen Industrie- und Wirtschaftskreisen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, um seinen sozialreaktionären Geldgebern die Zerschlagung der Gewerkschaften und Tarifverträge zu versprechen. In Oesterreich waren es die Alpine-Montanwerke, die gute Vorarbeit zum 12. März geleistet hatten. Jetzt wird die Atempause in der Tschechoslovakei genutzt, um den sudetendeutschen Industriellen-Verband, ohne erst eine Neuordnung der Nationalitätenfrage abzuwarten, der Henlein-Partei gleichzuschalten.

Am 2. April versuchte der damalige Vorsitzende auf der Vollversammlung noch die Einigung der politisch widerstrebenden Elemente. Kaum acht Wochen später fand am 2. Juni in Reichenberg schon eine neue Vollversammlung statt, an der der bisherige Vorsitzende nicht mehr teilnahm. Der Wirtschaftsreferent Henleins, ein Dr. Janovsky, hatte inzwischen den Grossindustriellen Theodor Liebig als Präsidenten eingesetzt und auch sonst im Verbandsbüro gereinigt. Der zurückgetretene Vorsitzende hatte sich u. a. geweigert, eine Wahlkonvention an die Henleinpartei in Höhe von 7 Mill. Kronen zu verantworten. Die Auszahlung erfolgte dann ohne seine Zustimmung.

Auf der neuen Vollversammlung sprach der neue Mann im neuen Geist, so dass sogar die Deutsche „Arbeits-Korrespondenz“ vom 15. Juni voll des Lobes ist. Sie erklärt prophetisch:

„Die sudetendeutsche Industrie müsse all ihren Verpflichtungen der Volksgemeinschaft gegenüber gerecht werden... Bei den Tschechen, die nach wie vor auf dem Klassenkampfstandpunkt verharren, obwohl die tschechische Wirtschaft hierdurch den grössten Schaden erleidet, haben diese Gedankengänge (Liebig's) selbstverständlich die gehässigste Ablehnung erfahren.“

In der Tat hat der alte Herr Liebig, der als artreine deutsche Firma bei der tschechischen Zivnobank ein ansehnliches Debetkonto unterhält, in Reichenberg eine schon nahezu vollendete Führerrede gehalten:

„Ich werde keine Kompromisse kennen — ich will hier nicht erörtern... aber wir werden die bestehenden Bindungen (an die tschechischen Industriellen) überprüfen.“

Der neue Führer kündete dann an, dass im Verband die „vielköpfigen Ausschüsse“ aufhören werden. Eine „straffe Führung“

durch „wenige Männer“ soll sein, „wo grosse Ziele vertreten werden müssen.“ Er erzählte, dass künftig die grosskapitalistische Produktion nur noch „Dienst an Volk und Heimat“ sein werde,

„als sudetendeutsche Industrielle können wir nicht an der politischen Entwicklung der jüngsten Zeit vorübergehen, die unserer deutschen Volksgruppe die Einigung gebracht hat.“

Ob mit oder ohne Satzungsänderung versicherte Herr Liebig seine Vollversammlung, dass die „Umschaltung der Arbeit“ (man kann auch Gleichschaltung lesen) zwangsläufig kommen wird.

Als das neue Ziel wurde selbstverständlich die „echte Werkgemeinschaft“ verkündet, wobei auch erstmalig der Begriff der „Gefolgschaft“ eingeführt werden konnte.

„Wir sind nicht irgend eine Vereinigung von privaten Industriellen zum Schutze privater Interessen, wir wollen vielmehr als der „Deutsche Hauptverband der Industrie“ auch mit der Gefolgschaft unserer Betriebe auf das engste zusammenarbeiten.“

Da die Gleichschaltungsaktion auch die jüdischen Firmen und die demokratischen Kreise in einen Gewissenszwang gebracht hatte, so folgte der Vollversammlung ein ziemlicher Krach. Den Arierparagrafen vorzuschlagen, hatte man zwar nicht gewagt, aber es folgten Austritte und die Spaltung ist so gut wie unvermeidlich geworden.

Der deutsche Verband war bisher eine Gliederung des gesamten tschechoslovakischen Industrie-Verbandes, dem auch die tschechischen Unternehmer angehören. Eine völlige Abtrennung ist bei der Verflechtung der Sudeten-Industrie mit dem tschechischen Finanzkapital nicht unbedenklich. Der neue Führer, der übrigens nur als Platzhalter für einen echten Nazi-Vorsitzenden eingesetzt worden ist, ist inzwischen in Bedrängnis geraten. Also ging er einige Tage später zur Gesamtagung des Zentralverbandes der tschechoslovakischen Industrie und hielt eine andere mit dem Gesicht zu Prag gewandte Rede. Man hätte seine Wahl und die Verlegung des Verbandes nach Reichenberg „unrichtig beurteilt“. Sein Verband wolle sich auch künftig „nur um die wirtschaftlichen Fragen unserer Heimat“ kümmern. Es gehe nur um die Vereinfachung und straffere Organisation. „Dass wir eine deutsche Körperschaft sind, soll keine Einschränkung unseres Interesses am gesamtstaatlichen wirtschaftspolitischen Geschehen sein.“

In Wirklichkeit stehen die Henlein-Industriellen augenblicklich noch in einem Dilemma. Sie möchten die freien Gewerkschaften beseitigen, ohne ihre Arbeitgeberorganisation aufzulösen. Das Muster des Dritten Reiches ist nicht ganz anwendbar. Diese Volksgemeinschaft mit Vorbehalt soll derart organisiert werden, dass nach dem Muster der früheren österreichischen Einheitsgewerkschaft ein Zwangsver-

band für Arbeiter und Angestellte auf volkischer Grundlage geschaffen würde, der das Weiterbestehen der Arbeitgeberverbände ermöglicht. Die Henleinpartei steht unter Einigung der Sudetendeutschen freilich das Monopol der Partei. Hier sind noch einige Widersprüche zu beseitigen, aber da Herr Liebig nicht der letzte Vorsitzende sein dürfte, so hoffen die Henleins mit ihren Unternehmern von der Volksgemeinschaft noch fertig zu werden.

In den Betrieben sind die Sudeten-Unternehmer schon längst Vollzugsorgane der Partei geworden. Sie üben gegen die sozialistisch und gewerkschaftlich gerichteten Arbeiter den brutalsten Gesinnungsstern aus. Es mag aus tausend Beispielen nur ein Fall erwähnt sein, dass einem Gewerkschaftsfunktionär die Beitrittserklärung an SdP und das Kündigungsschreiben zur Entlassung überreicht werden konnten.

Dieser deutsche Hauptverband ist charakterisiert, wenn man weiss, dass er täglich nach Exportsubvention durch den Staat ruft, um gleichzeitig die Henleins subventionieren, die den Export zerstören. Man propagiert die Anlehnung an das Dritte Reich, obwohl gerade die sudetendeutsche Industrie ausschliesslich Fertigung ist, die auf den Weltmarkt angewiesen ist. Die handelspolitische Verständigung mit dem Dritten Reich bedeutet, dass die Tschechoslovakei Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse gegen Fertigerwaren liefern dürfte. Sie wäre das Ende der sudetendeutschen Industrie, aber der politische Zweck ist zunächst, die Not im sudetendeutschen Gebiet, wenn auch durch neue Massenarbeitslosigkeit zu steigern, und dann die tschechoslovakische Regierung für das vermehrte Elend verantwortlich zu machen. Nur so glauben die Nazis die Tschechoslovakei sturmreif machen zu können für den Marsch auf Prag.

Es mag jenen Kräften in den westlichen Staaten, die gegen Berichte von der Bolschewisierung der Tschechoslovakei nicht ganz immun zu sein scheinen, zur Aufklärung dienen, dass es einzig die Henlein-Industriekapitäne sind, die hier Nationalbolschewismus betreiben.

SS-Rechtsprechung

Eine Friseurmeisterin hatte bei einem Vertreter der Firma A. von der Lippen und Co., Solingen-Merscheid, einen Apparat bestellt. Als sie nachträglich erfuhr, dass der Vertreter Jude ist, fühlte sie sich getäuscht und will nun von dem Kauf zurücktreten. Darauf stellt das „Schwarze Korps“ fest: Die Käuferin kann getrost bei einer solchen Sachlage, die Annahme verweigern. Denn als deutsche Volksgenossin ist es ihre Pflicht, keine Geschäfte mit Juden zu machen.

Welche Firma könnte danach wagen, vor einem deutschen Gericht ihr Recht zu fordern?

nach Stücken und Dichtern Ausschau zu halten, da ihnen der nötige Wagemut und die Liebe zum Experiment fehlten.“

Die Liebe zum Experiment soll den Mangel an zeitgemässen Stücken ersetzen. So dreht sich das drüben im Kreise: die Offiziösen geben zu, dass die Zeitstücke fehlen und zu viel Historie zerdrückt werde, die Theaterleute schreiben nach Stücken, der Minister lächelt diabolisch und kommandiert: Sucht sie euch! Und zeigt seine leeren Hände. Dafür proklamierte er um so lauter die „Gründung einer grossen deutschen Reichstheaterakademie“. Die Spitzen von Staat, Kunst und Wissenschaft mussten applaudieren und keiner durfte sagen, dass es dem deutschen Volke wahrlich nicht an bürokratischen Zwangsanstalten, sondern nur an einem fehlt: an Freiheit.

Der Scheiterhaufen

Die neudeutschen Volksbildungsministerien sind angehalten worden, die Bestände der Schülerbüchereien „neu auszurichten“. Das lässliche Volksbildungsministerium hat Richtlinien herausgegeben, die laut „DAZ“ besagen:

„Alle Büchereien müssen genau durchgesehen und alle die Bücher entfernt werden, die dem nationalsozialistischen Aufbauwillen nicht entsprechen. Alle Bücher, die weltanschaulich-politisch negativ, veraltet, literarisch und sprachlich unterwertig und endlich zerlesen und abgegriffen zu bezeichnen sind, müssen aus den Büchereien ausgeschieden werden.“

Der Scheiterhaufen macht selbst vor den Vorläufern des Hakenkreuzes nicht halt.

Die „Jugendbücher des 19. Jahrhunderts“ sind veraltet, nur Karl May nicht. Wir müssen auch „die während des Krieges erschienenen patriotischen Schlachtendardstellungen und Schützengrabenbücher“. „Denn diese Bücher wissen noch nichts vom Führer und atmen trotz des wilhelminischen Patriotismus immer noch zuviel liberalen Geist, verbrannt werden sogar.“

„die Bücher aus dem Geist der „Bündischen“ Jugend und der „Jugendpflege“ die „Knabenbücher“, „Jungdeutschlandbücher“, „Jugendfreund“, „Jungmädchenbücher“ und ähnliche Sammelwerke, alte Jahrbücher, Kalender, Fortsetzungenwerke (z. B. Zeitschriftenjahresbände, u. ä.), endlich die haltungsmissig konfessionell eng gebundenen Bücher.“

Die Bündischen sind zwar die Väter des Hakenkreuzes, aber sie stellten sich die neudeutsche Freiheit immerhin etwas anders vor; sie gehören längst zu den Meckelern und Kritikastern, ihre führenden Leute mussten kuschen oder flüchten, so weit sie nicht vom 30. Juni hinweggeräumt wurden. Die konfessionellen Bücher sind Hitlers Neuheiten seit Jahren im Wege. Im Dritten Reich darf sich kein Schüler für ein Buch nach seinem Interesse auswählen; nicht einmal über die verschiedenen Färbungen des „vaterländischen Gedankens“ darf er sich informieren. Was er lesen darf, muss braune Uniform tragen. Was braun uniformiert ist, bestimmt ein Kolleg brauner Jesuiten.

Jesuiten? Ach, Loyolas Orden liess seinen Zöglingen immer noch die Möglichkeit sich über ketzerische Strömungen zu informieren; er war neben der stumpfen braunen Zwangskaserne beinahe ein hochgeistiges Gebilde.

«R. S. T.» - Goebbelsfiliale im Norden

Eine neue Sektion der Nazintern

„Werden Sie Mitglied der RST.“ mahnt ein Aufruf, der im Lauf der letzten Wochen in ungezählten Exemplaren in Schweden verbreitet worden ist. Nicht dass man ihn auf den Strassen verteilt oder jedem ersten besten ins Haus geschickt hätte, — nein, die RST-Propaganda wird planmässiger, rationeller und . . . unauffälliger betrieben. Man sieht sich die Leute, die man „bearbeitet“, vorher an, konzentriert sich auf gewisse Schichten und Kreise und bevorzugt Menschen, die auf Grund reaktionärer Anschauungen und Sympathien den Werbern von vornherein besondere Erfolgs-Chancen zu bieten scheinen . . .

Was ist das nun eigentlich: RST? RST, ist eine neu begründete Auslandsfiliale jener grossen weitverzweigten Berliner Firma, die „Propagandaministerium“ heisst und deren Chef Herr Josef Goebbels ist. Die drei Buchstaben RST, bedeuten „Riksförningen Sverige-Tyskland“. Zu deutsch: Reichsvereinigung Schweden-Deutschland.

Diese Reichsvereinigung — a propos: welches Reich? Das schwedische? Oder das deutsche? Oder das „grossgermanische“? — diese Reichsvereinigung hat ihren offiziellen Sitz in der schwedischen Universitätsstadt Lund. Woher sie dagegen — weit weniger offiziell — ihre Direktiven und ihre erstaunlich reichen Geldmittel empfängt, ist eine andere Frage.

„Grossgermanien“.

Nach aussen hin ist dieser neue Goebbelsbund, diese neue Sektion der Nazintern natürlich als rein schwedische Angelegenheit aufgezo-gen, was jedoch nicht hindert, dass zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs auch der Vorsitzende der deutschen Kolonie in Stockholm gehört.

In dem Aufruf wird in bewegten Worten Klage darüber geführt, dass die öffentliche Meinung Schwedens dem Dritten Reich und seiner „Aufbauarbeit“ ablehnend, ja feindselig gegenüberstehe. Das Moll der Klage geht aber bald in das Dur entschiedener Drohung über. Wenn nämlich — so geht es weiter im Text — die schwedische Einstellung zum „neuen Deutschland“ nicht eine grundsätzliche Wandlung erfahre, dann müsse das zu einer Störung der Beziehungen zwischen Schweden und dem Hitlerreich führen.

Die Folge würde eine Spannung sein, die unter gewissen Umständen schicksalsschwere Konsequenzen für Schweden nach sich ziehen könnte.“

Den Schweden wird hier also schleunigste Gleichschaltung an Goebbels ange-raten. Unterlassung aller Kritik am Hitlerregime. Im Weigerungsfalle müssten sie mit „schicksalsschweren Konsequenzen“ für ihr Land und am Ende wohl gar mit einer regelrechten „Befreiung“ à la Oesterreich rechnen. Ein nicht nur „grossdeutsches“, sondern sogar „grossgermanisches“ Hitlerreich spukt ja schon jetzt recht vernehmlich in der braunen Propaganda herum . . .

„Friede“ — wie ihn Hitler will.

Die RST, bezeichnet es also als ihre Aufgabe, in Schweden für eine „gerechtere Beurteilung“ des Dritten Reiches einzutreten. Durch Veranstaltung öffentlicher Vorträge über die „Aufbauarbeit im neuen Deutschland“ will sie diesem Ziel dienen und sie will dabei — wie ausdrücklich erklärt wird — mit andern gleichgesinnten Organisationen in Schweden und in Deutschland (!) zusammenarbeiten. Jede nazistische Propaganda liege ihr völlig fern, sie wolle ganz unpolitisch für Frieden und Völkerverständigung wirken usw., usw. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text . . . (Und wir kennen auch den Verfasser!) Noch vor relativ kurzer Zeit hat ja z. B. auch ein gewisser Henlein erklärt, dass er weder mit Hitler noch mit der Nazipartei irgend etwas zu tun habe, sondern nur dem Frieden und der Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen dienen wolle . . .

Wie der „Friede“ und die „Verständigung“ und wie der Verzicht auf Nazipropaganda im Falle RST, in Wahrheit aussieht, davon bekommt man ein Bild, wenn man das erste Heft der von dieser Goebbels-Organisation herausgegebenen Monatschrift durchblättert. Da kann man lesen, dass der Landesverräter Thomas Mann mit Recht aus dem deutschen Volkskörper ausgeschieden wurde, da findet man die wütesten Hetze gegen England, Frankreich, Russland, gegen die Tschechoslowakei und Spanien, da findet man schliesslich die ganz unverhüllte Ankündigung eines deutschen Angriffskrieges. Deutschland könne — heisst es da nämlich — nicht auf Kolonien verzichten.

„Sollten jedoch England und die übrigen Kolonialmächte ihren . . . Widerstand gegen Deutschlands Wünsche nicht aufgeben, dann kann eine solche Konfliktlage entstehen, dass überhaupt nur noch eine Lösung auf dem Wege der Gewalt übrig bleibt.“

Wenn der Weltkrieg nicht schon längst da sei, so sei das überhaupt nur dem militärischen Eingreifen Hitlers und Mussolinis in Spanien (!) und der „militärischen Schwäche Englands“ zu danken. Deutschland könne dem Krieg nur ausweichen „solange das mit seinen vitalen Interessen vereinbar ist.“

Epp und Sven Hedrin.

Zu den Mitarbeitern dieser Zeitschrift, die nur einen ganz kleinen Käuferkreis hat, aber recht pompös und kostspielig aufgemacht ist, gehört auch ein so prominenter Naziführer, wie der Herr Reichsstatthalter von Epp. Dass von schwedischer Seite auch der Nichtarier Sven Hedrin mit einem Beitrag vertreten ist, ist nicht weiter verwunderlich. Oder doch? Hedins Deutschlandbuch durfte nicht in deutscher Uebersetzung erscheinen. Es wurde auf Streichers Betreiben hin verboten, weil Hedin darin trotz aller naiven Hitlerbewunderung ein paar Worte gegen den

„Stürmer“ gesagt und ehrlicher Weise die Tatsache seiner eigenen „rassischen Unreinheit“ ausgeplaudert hat. Auch dieser derbe Fusstritt von seiten des Regimes hat also der Nazifreundlichkeit des greisen Forschers nichts anzuhaben vermocht. Seit er 1914 die Regierung seines Landes aufforderte, an Deutschlands Seite in den Krieg einzutreten, werden seine politischen Kundgebungen in Schweden kaum mehr ernst genommen.

Der Lockbissen.

Besonders bezeichnend für die gerissenen Arbeitsmethoden der Goebbelspropaganda im Ausland ist die Tatsache, dass die Zeitschrift auch einen Artikel über das dichterische Werk Ernst Wiecherts enthält. Wiechert ist einer der ganz wenigen im heutigen Deutschland lebenden und schaffenden Dichter, die in Schweden Ansehen geniessen. Seine Bücher werden viel gelesen, während man für die Blunck, Euringer und Johst nur Ironie übrig hat. In Hitlerdeutschland dagegen ist Wiechert, seit er einige Male durch die Blume dem Regime gewisse Wahrheiten gesagt hat, nahezu verbannt. Die Buchläden wagen nicht, seine Werke ins Schaufenster zu legen, die Zeitungen und Zeitschriften schweigen ihn bestenfalls tot. In einigen nazistischen Parteiblättern ist offen erklärt worden, dass Wiechert innerlich der Emigration zugehöre, und dass im deutschen Schrifttum für Leute seiner Art nicht länger Platz sein dürfe. Wiecherts Freunde im Ausland leben in ständiger Angst um ihn, weil sie befürchten, er werde ins Lager gesteckt werden . . .

In Schweden jedoch, wo sein Name Gewicht hat, bedient sich Goebbels skrupellos eben dieses ihm verhassten Namens als eines Lockbissens an der Werbeangel. Wiechert muss natürlich gute Miene zum bösen Spiel machen. Ein Protest wäre lebensgefährlich. —

Wird die neue Goebbels-Offensive gegen den Norden Erfolge buchen? Das scheint, zumindest vorläufig, nicht der Fall zu sein. Ueber den — im Norden bekanntlich ganz engen — Kreis der ausgesprochenen Hitlerjünger ist man kaum wesentlich hinausgedrungen. Die Zeitschrift „Sverige-Tyskland“ erscheint nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit und die Mitgliederzahl der „Reichsvereinigung“ dürfte gering sein. Nahezu einstimmig und mit äusserster Schärfe hat sich die schwedische Presse gegen diese ganzen Machenschaften gewandt. Aber diese Wählerarbeit, deren ausführende Organe grossenteils selbst nicht wissen, wie sehr sie im Dienst einer fremden Macht und des „braunen Netzes“ stehen, wird sich nicht so leicht einschüchtern lassen. Und die Geldmittel werden ihr auch nicht ausgehen. Alle Erfahrung der letzten Jahre verbietet es, die braune Drohung — wo immer sie auch in Erscheinung tritt — leichtfertig zu bagatellisieren.

Ein „Führer“ dankt ab.

Während in Schweden dem Goebbels-Evangelium eine neue Form der Verkündung anprobiert wird, hat sich im benachbarten Dänemark der Gründer der dortigen Nazisterei öffentlich und reumütig vom Nationalsozialismus und vom Dritten Reich losgesagt.

In Dänemark gibt es bekanntlich eine ganze Serie kleiner Nazisekten. Der erste Wegbereiter der ganzen „Bewegung“ war jedoch ein Rittmeister Lembke, der als Anführer einer dänischen SA-Kopie Anspruch auf künftige Diktators-Würde erhob. Er hatte sich jetzt eine zeitlang aus der braunen Politik in die Stille ruhigen Nachdenkens zurückgezogen und ist dabei zur — etwas später — Einsicht in den Wahnsinn seiner bisherigen Betriebsamkeit gekommen. Er liess jetzt in der dänischen Presse einen offenen Brief erscheinen, in dem er sein tiefes und reuiges Bedauern darüber ausdrückte, dass er sich zum Werkzeug Hitlerdeutschlands gegen sein eigenes Vaterland und gegen seine eigenen Landsleute habe machen lassen.

„Ich bitte sowohl die dänische Nation wie auch die Juden in Dänemark vorbehaltlos um Entschuldigung für das, was ich ihnen angetan habe und ich bitte, mir Verzeihung zu gewähren.“

Auch an den dänischen Ministerpräsidenten Stauning, den Führer der dänischen Sozialdemokratie, richtete Lembke die Bitte, ihm zu vergeben.

Ob die dänischen Nazis, die diesem Lembke früher blinden Gehorsam zollten, ihrem „Führer“ nun auch auf dem Weg seiner späteren, doch darum nicht minder erfreulichen Einsicht Folge leisten werden, ist natürlich eine andere Frage . . .

Ein neues Geschlecht

Wer hätte es je für möglich gehalten, dass eine Mitgliederversammlung der Goethe-Gesellschaft in Weimar mit den Worten eröffnet werden könnte:

„Es gibt jetzt keine deutsche Jugend ohne Goethe, wie einstmals ein Schlagwort hiess, mehr. Der Reichsjugendführer hat sein im vergangenen Jahr gegebenes Wort eingelöst. Die deutsche Jugend weiss aus des Reichsjugendführers Goethe-Rede und aus dem Bekenntnisbuch „Goethe an uns“, wie Goethe zur Jugend und zum Volk gestanden hat und wie sie zu Goethe zu stehen hat.“

Wer hätte das für möglich gehalten? Und doch ist es am 7. Juni 1938 geschehen. Der die Worte sprach, Professor Dr. Hans Wahl, bleibt weiterhin Direktor des Goethe-Nationalmuseums in Weimar.

Aus dem Land der braunen Männerbünde. Im Gebiet von Zeitz-Naumburg wurden während den Pfingstfeiertagen scharfe Kontrollen nach Homosexuellen durchgeführt. Besonders die Jugendherbergen wurden von ihnen betroffen. Aus dem Unstrutgebiet und Jugendfliegerlager Lauchau wurden deshalb 31 Verhaftungen bekannt.

Wieder zwei Nazimorde. Die am 16. November 1937 vom Volksgerichtshof wegen Landesverrats zum Tode verurteilten Georg Schwitzer und Anna Schwitzer sind vorigen Mittwochmorgen hingerichtet worden.

Judenabteile in den deutschen Eisenbahnen fordert Streicher in seinem „Stürmer“.

Die Nenausrichtung

Einige Jahre vorm Ausbruch des Dritten Reiches wurde auf einer sächsischen Bühne ein schwächliches Volksstück aufgeführt, darin der deutschböhmische Bauer Andreas Hollmann um das Recht auf seine Scholle kämpfte. Damals gab es noch keinen Henlein, sondern eine deutsche Republik, die mit ihren Nachbarn in Frieden lebte, weshalb Hollmanns Kampf von damals ziemlich unpolitischen Charakter aufwies. Jetzt hat sein Autor, Hans Kaergel, den Stoff henleinisch ausgerichtet. Ueber die Erstaufführung lässt sich die Nazi-presse aus Chemnitz berichten:

„Dieser Andreas Hollmann ist einer unter den vielen sudetendeutschen Brüdern, die ihr Herzleid tief in der Brust vergraben mit sich herumtragen, die in dem Bewusstsein, mit den Füßen in der Heimat Erde verwurzelt zu sein, niemals schwach werden dürfen vor dem Volke und stahlhart sein müssen gegen sich selbst und ihre nächsten Angehörigen, wenn es gilt, der gemeinsamen deutschen Sache zu dienen . . . dass Hollmann den freiwilligen Opfertod wählt, als es die Gefahr abzuwenden gilt, dass sein deutscher Boden in fremde Hände gerät. Kaergel greift mit der schauspielerischen Gestaltung dieses Heldenschicksals unmittelbar in die lebensnahen Zeitereignisse im sudetendeutschen Grenzland ein.“

Dialog und Handlung sind also den Intentionen der deutschen Hetzpresse entsprechend umgepflanzelt worden. So prompt arbeitet der neu ausgerichtete Hitlerbarde. Kürzlich hat die Zeitschrift „Das neue Reich“ festgestellt, das Fehlen eines anständigen deutschen Grenzdrames hänge damit zusammen, dass der Gegner nicht objektiv,

nicht gerecht gesehen werde. Diese Objektivität ist im Dritten Reich verboten; Kaergel hat sich danach gerichtet und gleich Henleins Presse dramatisiert. Tragödie eines Volkes, so heisst die Pfscherei im Untertitel. Warum nicht: Tragödie der Gleichgeschalteten? Dieser wendige Kaergel, der sich ehemals als biederer Volksdichter abmühte, gilt für die ganze Reichskulturkammer. So wie er seinen Hollmann, so wendet die ganze Zunft sich und ihre Themen von einst auf neu, auf braun, auf aktuell, immer den Intentionen des Propagandaministeriums entsprechend.

Geschichte eines kleinen Juden

Ein armer kleiner Jude sieht sich gezwungen, zu emigrieren — aus Palästina. Mit dieser melancholisch lustigen Pointe beginnt ein Buch, von dem man annehmen darf, dass seine Heiterkeit die unmittelbar Betroffenen trösten wird. Doch wendet sich Fouchadière mit der „Histoire d'un petit juif“ (Editions Mouton) keineswegs ausschliesslich an die um ihrer Rasse willen Verfolgten, nicht mit ihnen im besonderen rechnet er als Lesepublikum. Es ist eine Stärke der Erzählung, dass sie den Antisemitismus nur als einen Sonderfall der menschlichen Dummheit sehen will, derjenigen menschlichen Dummheit, die der Feind an sich ist. Fouchadière lehnt es ab, schlecht von den Juden zu denken, weil man schlecht von ihnen spricht. Er lehnt es aber ebenso ab, deshalb gut von ihnen zu denken, weil sie leiden. Der deutsche Leser wird in diesem Buche jenen kämpferischen Skeptizismus wiederfinden, der beste französische Tradition ist. Was die

Kapitel betrifft, in denen Benjamin Lévy in Deutschland Arbeit sucht und dabei, wie zu erwarten ist, mancherlei Betrüblerisches erlebt, so wird eben dieser deutsche Leser dem Autor bestätigen, dass er mit guter Kenntnis der wirklichen Situation schreibt. Doch ist nicht dies das Bemerkenswerteste an Fouchadières Roman. Bemerkenswert ist, wie in diesem — zwar stellenweise, das sei mit Respekt gesagt, flüchtig geschriebenen Buche — doch der Zauberstab waltet, der das gegenwärtig Schwere nach den Gesetzen der Gaukelei und des Spieles bewegt. Es gibt da eine Szene, in der sich, aus Wien kommend, der schon gerupfte Rothschild mit einem noch nicht gerupften Vetter trifft, vor dem Hause Shylocks. Diese Szene ist von grosser Ueberwirklichkeit und sie widerlegt den Aberglauben, dass in Zeiten, wie den unsrigen, das eigentlich Dichterische tot sein müsse. M. F.

Gottes Ebenbild

„Erstaunlich schnell bildet sich ein Verhältnis zwischen Besitzer und Gasmaske heraus. Man sieht das an der Art, wie sich der Käufer im Spiegel an der Wand der Verpassungsstelle betrachtet, wie er liebevoll das siebartige Metallmündstück auf- und abschraubt, und wie er stolz verkündet: „Ausgezeichnet schnauft sich's in meiner Maske!“ („Münchener Neueste Nachrichten“ Nr. 159).

Der schöne Mann

Zur Förderung des Schneiderhandwerks im Dritten Reich wurde soeben ein *Modellamt für Herrenkleidung* geschaffen. Es soll

nach den vorliegenden Meldungen der Pflege des modischen Geschmacks in der deutschen Herrenwelt und der „Gestaltung des Kleinbildes unserer Zeit im Sinne einer geläuterten Kleidkultur“ dienen. Regelmässige Modetagen und Modellvorführungen sollen das gesamte deutsche Herrenschneiderhandwerk rechtzeitig über die Neuerungen der jeweils nächsten Saison orientieren. Denn auch das männliche Publikum ist „nur halb so desinteressiert an diesen Fragen, wie es sich gelegentlich fast mit einem Unterton von *Koketterie* zu geben pflegt.“ Im schnittigen Anzug lässt es sich noch besser gefährlich leben!

Mass und Wert — Zweimonatsschrift für freie deutsche Kultur — Herausgegeben von Thomas Mann und Konrad Falke, Verlag Oprecht, Zürich. Heft 6 (Juli-August) 152 Seiten, 2.50 Fr. Abonnement 12 Fr.

Das soeben erschienene Heft 6 der Zeitschrift „Mass und Wert“ ist das letzte des ersten Jahrganges. Es bringt den Schluss der Novelle „Adels Erzählung“, die Thomas Mann in seinen Roman „Lotte in Weimar“ eingebaut hat. Besondere Hervorhebung verdienen die lyrischen Beiträge des Heftes: Elf neue Gedichte von Franz Werfel und „Kindheitsgeschichte“ von Albin Zollinger. — In einem kurzen Nachwort danken Redaktion und Verlag allen, „die mit dazu beigetragen haben, dass „Mass und Wert“ in dem einem Jahr seit seiner Gründung eine für ein so junges Unternehmen ungewöhnlich grosse Auflage und Abonnentenzahl erreichen und zu einem wirklichen Kulturfaktor werden konnte“.

Kredit oder Krieg?

Die Politik Mussolinis und das Kabinett Chamberlain

Noch lässt sich nicht mit Sicherheit erkennen, welche Bedeutung der prinzipiellen Einigung im Londoner Nichtinterventionsausschuss über die Zurückziehung der „Freiwilligen“ beizumessen ist. Dass zur gleichen Zeit die Bombardierung und Versenkung englischer Handelsschiffe durch die italienischen und deutschen Flugzeuge „im Eigentum des General Franco“ andauern, lässt der mit solcher Genugtuung verkündeten „Entspannung“ keine allzu günstige Prognose stellen. Wenn trotzdem die Haltung Mussolinis in allerletzter Zeit etwas weniger herausfordernd erscheinen mag, so sprechen für eine solche Annahme gewisse Umstände, die der Einigung im Ausschuss vorausgingen. In Besprechungen mit dem englischen Botschafter in Rom ist auf Initiative Mussolinis versucht worden, die *sofortige Inkraftsetzung des englisch-italienischen Vertrages* zu erreichen. Demgegenüber hat die englische Regierung an ihrer im Vertrag selbst enthaltenen Bedingung festgehalten, dass die Inkraftsetzung erst nach einer befriedigenden Regelung des spanischen Konflikts erfolgen könne. Mussolinis freche Zumutung, ihn von der einzig wichtigen Gegenleistung, der Zurückziehung der Truppen und des Kriegsmaterials aus Spanien, zu entbinden, ist zurückgewiesen worden. Warum aber hat es Mussolini mit der Inkraftsetzung so eilig gehabt, dass er sich sogar einer leicht vorherzusehenden diplomatischen Schlappe aussetzte?

Die Antwort muss wohl in der recht schwierig gewordenen *Wirtschaftslage Italiens* gesucht werden. Am akutesten ist augenblicklich das *Weizenproblem*. Italien hat in diesem Jahr eine Missernte. Der Einfuhrbedarf muss auf mindestens 1 Millionen Tonnen Weizen geschätzt werden und seine Befriedigung wird etwa 700 bis 800 Millionen Lire erfordern. Das Regime setzt alles daran, den Weizenkonsum einzuschränken. Die Weizenpreise sind um 20 Prozent auf 135 Lire (243 französische Francs) für weichen und 150 Lire (270 Francs) für harten Weizen heraufgesetzt worden. Ausserdem ist der Beimahlungsdruck verschärft worden. Nachdem zuerst 5, dann 10 Prozent Maismehl dem Brotmehl zugesetzt werden mussten, wurde der Prozentsatz Ende Mai auf 20 Prozent gesteigert. Aber das Brot ist schwer geniessbar und schwer verdaulich geworden. Das Maismehl, wichtig für die Herstellung der Polenta, ist teurer geworden und in manchen Gegenden überhaupt nicht zu haben.

Das ist umso bedenklicher, als in der Ernährung des Italieners das Fleisch gegenüber dem Brot und den Mehlspeisen nur eine untergeordnete Rolle spielt. Es ist deshalb nicht übertrieben, wenn man von einer *akuten Brotkrise* in Italien spricht. Das bedeutet zugleich eine schwere Einbusse an Prestige für die Diktaturen. Denn gerade den „Sieg in der Weizenschlacht“, die Erreichung der Autarkie in der Brotversorgung, hat das Regime als grössten und wunderbarsten Erfolg seiner Wirtschaftspolitik gepriesen. Jetzt, nach der siegreichen Abwehr der Sanktionen, nach der Aufriechung des herrlichen Imperiums, ist die unmittelbarste Lebensmittelnote grösser als je und sie trifft eine Bevölkerung, die durch Steuern und Abgaben ausgesogen, durch die fortschreitende Geldentwertung und Preissteigerung verängstigt, bereits auf ein kaum mehr herabdrückbares Lebensniveau gelangt ist.

Die neuen Anforderungen, welche die Missernte an die Devisenbilanz stellt, fallen umso mehr ins Gewicht, als auch sonst die Devisenlage Italiens immer prekärer wird. Das Passivum der Handelsbilanz (ohne Kolonien) betrug 1934: 2,6 Milliarden Lire, 1936: 2,05 Milliarden, 1937: 5,64 Milliarden Lire. Auch dieses Jahr zeigt keine wesentliche Besserung. Trotz der Einnahmen aus dem Reiseverkehr, den, jetzt wieder sinkenden, Erträgen der Schiffahrt und den Geldsendungen der italienischen Aus-

wanderer, erfordert die Bezahlung des Einfuhrüberschusses mindestens zur Hälfte entsprechende Devisenbeträge. Im Vorjahr stand dafür der Erlös aus den von der Regierung beschlagnahmten ausländischen Wertpapieren, die sich im Besitze von Italienern befanden, zur Verfügung. Der Betrag, der dem Schatzamt aus diesen Ablieferungen zugeflossen ist, wird offiziell auf 3146 Millionen Lire angegeben und ist zum allergrössten Teil schon verausgabt. Aber diese Quelle fliesst nur einmal und nicht wieder. Kein Wunder, dass die Regierung nach Wegen sucht, um den Devisenaufwand für die verstärkte Lebensmitteleinfuhr herabzudrücken. So sind Verhandlungen mit Jugoslawien im Gange — die politische Annäherung an Jugoslawien entspringt zum guten Teil dem wirtschaftlichen Zwang — um Weizen gegen Lieferung von Kriegsmaterial und Schlachtschiffen zu erhalten, auch ohne sicher zu wissen, ob nicht im Ernstfalle dieses Kriegsmaterial gegen Italien eingesetzt würde. Noch bezeichnender ist, dass gegenwärtig unbekümmert um den schönen Antikommunistenpakt, in Rom *Wirtschaftsverhandlungen mit Sowjetrußland* stattfinden, die ebenfalls die Lieferung von russischem Getreide und Rohstoffen gegen Einfuhr italienischer Halbwaren und Industrieprodukte zum Gegenstand haben.

Aber auch solche Hilfsmittel können den notwendigen Einfuhrbedarf nicht sichern. Der Devisenminister Guarneri musste kürzlich selbst zugeben, dass die Einfuhr in den einzelnen Zweigen ohnedies bereits auf ein Minimum reduziert ist. Eine Steigerung des Exports ist bei dem rückläufigen Welthandel und dem schlechten Ausfall der Wein- und Obsternte ebenfalls kaum möglich. Die Tendenz zur Abnahme der Einfuhr, die im laufenden Jahr sichtbar wurde, wird sich auch noch verstärken. Trotz der kaum mehr erträglichen Einschränkung des zivilen Bedarfs wird deshalb die

Fortführung der Rüstungsproduktion und der ungeheuer unwirtschaftlichen Autarkieinvestitionen immer mehr in Frage gestellt. Ausserhalb des Autarkiebereichs werden bereits, auch in italienischen Blättern, Rückgänge der Produktion zugegeben. In Wirklichkeit ist aber die Abnahme der Industrieerzeugung allgemein. Der Index der industriellen Produktion ging von 114,1 im März 1938 auf 109,1 im April zurück.

Aber nicht nur das Aussenhandelsdefizit zerrt an der Gold- und Devisendecke, die kaum mehr den als Kriegsschatz für unentbehrlich gehaltenen Betrag von 4 Milliarden Lire erreicht. Nachdem die Kosten für die Eroberung Abessinien nach den offiziellen Angaben etwa 40 Milliarden Lire verschlungen haben, erfordert die „Befriedigung“ und die ungeheuer kostspielige Erschliessung des Landes gleichfalls ausserordentliche Summen. Im ordentlichen Budget wird dafür ein Zuschuss von einer Milliarde Lire vorgesehen, im ausserordentlichen ein Betrag von 12 Milliarden für die nächsten sechs Jahre, der zudem nicht ausreichen wird. Vor allem aber frisst Abessinien nach offiziellen Angaben jährlich 1,2 Milliarden Lire an Devisen. Dazu kommen die bis jetzt nicht zu beziffernden Beträge der italienischen Kriegsausgaben in Spanien. Dass unter diesen Umständen die Defizitwirtschaft immer grösseren Umfang annimmt, ist kein Wunder. Nach Angaben im „Popolo di Roma“ betrug das Defizit im ordentlichen und ausserordentlichen Etat im Jahre 1935-36: 12,7 Milliarden Lire, 1936-37: 16,2 Milliarden. Eine wesentliche Verminderung wird auch das laufende, am 1. Juli zu Ende gehende Finanzjahr nicht aufweisen. Die konfiskatorischen Steuern, wie die 10prozentige Vermögensabgabe der Aktiengesellschaften, die etwas mehr als 3 Milliarden ergeben hat, und die Zwangsanleihe, die den Grundbesitzern auferlegt wurde, und die 7 Milliarden gebracht hat, lassen sich nicht wieder-

holen und der Druck der indirekten Steuern sich nur noch schwer vermindern. Freiwillige Anleihen sind nicht mehr unterzubringen. Ohnedies müssen 28 Prozent der ordentlichen Staatsausgaben, die in dem neuen Voranschlag mit rund 27 Milliarden angesetzt sind, für den Staatsschuldendienst verausgabt werden. Der Notenbankkredit selbst ist vom Staate bereits sehr stark in Anspruch genommen und musste zum Teil auch für die Finanzierung der Vermögensabgabe und der Zwangsanleihen dienen.

Man sieht, die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die die Abenteuerpolitik der Diktatur herbeigeführt hat, sind sehr gross geworden. Mussolini steht vor der Entscheidung: Wird der Vertrag mit England in Kraft gesetzt, so eröffnet sich vielleicht auch der Weg zu Auslandskrediten, die mit Zustimmung der englischen Regierung zu erlangen sind. Daher das Drängen Mussolinis auf die Inkraftsetzung des Vertrages. Daher seine scheinbare Geneigtheit, auf den englischen Vorschlag der Freiwilligenzurückziehung endlich einzugehen. Aber so stark der Wirtschaftszwang auch sein mag, steht ihm wirklich noch der Rückzug aus Spanien offen, der schliesslich den Zusammenbruch seiner Politik bedeutete. *Kredit oder Krieg*, so lautet die Frage vor die Mussolini gestellt ist.

Dr. Richard KERN.

Die grossen Nachfahren

Alle acht Tage ächzt eine Prominenz der neudeutschen Kultur, *Heinz Steguweit*, im „Westdeutschen Beobachter“ leitartikelhaft darüber, dass es dem Führer noch immer nicht gelungen sei, die „rächenden Sächte“ gewisser Deutscher auszurotten. Er meint das Denunziantengeschmeiss, das „aus dem Sumpf quake“, während alles ringsherum herrlich und schön geworden sei:

„Da gibt es Flüsterer, die mit mändenhaftem Eifer nach Material pirschen, wer suchet, der findet immer, und hätte nicht — beispielsweise — unser Doktor *Goebbels die alten Dioskuriden Schiller, Wagner, Beethoven, Lessing oder Kleist in seinen persönlichen Schutz* geholt, dann glaubet felsenfest: die gierigen Materialsucher würden keinen Mozart oder Goethe schonen, um ihm Irrtümer und Verstösse nachzuweisen.“

So können sich denn die Grossen des deutschen Geistes und der deutschen Kunst glücklich schätzen! Da unten sitzt Dr. Goebbels, der Autor des „Michael“ und lässt den Herren Kollegen in Walhall seinen persönlichen Schutz angedeihen. Die Köpfe des Dritten Reiches können es sich leisten, grosszügig zu sein. Im Bewusstsein der Deutschen Nation folgen auf Lessing, Goethe und Schiller unabänderlich Goebbels und Steguweit.

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern).

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.30 (4.20), Palästina P. Pf. 0.02 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neuer Vorwärts“ Paris, Paris C. c. 88 504. Tschechoslowakei: „Neuer Vorwärts“ Paris, Prag 46 149. Polen: „Neuer Vorwärts“ Paris, Warschau 194 700. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris, Zürich Nr. VIII 14 697. Rumänien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Meinungsfreiheit

Die Meinungsfreiheit sei bei uns gestorben? Wie kommt Ihr denn auf diese Wahnidee? Ihr dürft zum Beispiel tadeln. Mehr denn je. Habt Ihr die Legitimation erworben und kennt Ihr erst den kernig echten Dreh, wird Euch vom Zensor nicht ein Wort verdorben, nicht eine Zeile. Heisst das nicht fair play?

Ihr dürft ganz ruhig auf den Goethe schimpfen, wenn Ihr es mit der nötigen Vorsicht tut. „Für damals war das alles brav und gut“, so sagt Ihr augenzwinkernd zu den Pimpfen, „Der Alte wusste nichts vom reinen Blut und liess sich gelstlich mit Spinoza impfen. Ihr wisst Bescheid... Spinoza war ein Jud.“

Den Lessing werft vergnügt zum alten Eisen. Dort findet er schon die Drei Ringe vor, die er verbrauchen hat, und voll Humor schreibt Ihr ins Blättchen, dass dem Ring des Weisen die Weise fehlte, die für Euer Ohr als einzige zu loben und zu preisen, die Weise, die „Mein Kampf“ heraufbeschwor.

Das ist noch garnichts! Ihr dürft die Ideen, die andern heilig sind, so oft Ihr wollt und immer dann, wenn Ihr dem Hauswirt grollt, durch Eure blutige Hackmaschine drehen. Wenn Ihr dem Genius keine Ehrfurcht zollt, so können wir das jederzeit verstehen, weil Ihr nicht andre Götter haben sollt.

Stürzt Euch auf alle Denker der Geschichte, höhnt Weltgeist, Frieden, Mut und Menschlichkeit, schlägt mit dem Rosenberg den Plato brett, macht einen Kant, eh Ihr ihn kennt, zunichte, besudelt, hudelt, lästert, hasst, bespelt und richtet hin, auf dass man Euch nicht richte, begrabt den Geist — und ohne Grabgeleit.

Ist das nicht Meinungsfreiheit? Ihr dürft schmähen, soviel Ihr wollt, wir klatschen Euch Applaus, nur eines: nehmt Euch nicht zuviel heraus und wisst die Opfer Eurer Wut zu wählen. Die wahre Grösse ist für Euch kein Schmaus. Gott dürft Ihr zu den Scherzartikeln zählen. Doch heilig ist der Führer und sein Hans und heilig noch die allerletzte Laus, die ihm zu Füssen kriecht, Was! nimmer Sie zu quälen. Sonst ist es mit der Meinungsfreiheit — aus!

K.

